

# Metallarbeiter-Zeitung.

### Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

#### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößelstraße Nr. 18b.  
Telephonruf Nr. 8852.

Inserta  
für die sechsgepaltene Colonne oder deren Raum 20 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **194200**  
**EXEMPLAREN** erscheint diese Ztg.

### Aus Saarablen.

Mit Freuden begrüßen alle Kollegen das kräftige Anwachsen des Metallarbeiter-Verbandes, der in absehbarer Zeit 200000 Mitglieder erreichen wird. Aber nicht überall geht es zusehends vorwärts mit der Organisation, es gibt Gebiete, wo die agitatorisch tätigen Kollegen oft geneigt sind, unmutig die Flinte ins Korn zu werfen. Zu diesen Gebieten gehört auch Saarabien. Wir verstehen unter „Saarabien“ nicht nur den eigentlichen Saarbrücker Bezirk, sondern auch die angrenzenden rheinpfälzischen und lothringischen Landesteile. Sie gehören wirtschaftlich zu Saarabien und auch sozialpolitisch, was die Stellung des Unternehmertums zu den Bestrebungen der Arbeiter anlangt.

Saarabien ist räumlich nicht groß, beherbergt aber eine große Arme von Industriearbeitern, über die nur eine Handvoll zum Teil verflippeter Unternehmer herrscht. Die 45000 Kohlenbergleute kommandiert bis zum 1. Januar 1905 der saarabische Erz, Geheimrat Berggraf Hilger, weltbekannt geworden durch seine Prozesse. Im Bezirk Saarbrücken beschäftigten 1903 die fünf Eisen- und Stahlwerke Stumm-Neunkirchen, Burbach-Gsch, Böding-Brebach, Röschling-Wöllingen und Dillingen-Neibingen 20487 Metallarbeiter, von denen ein kleiner Teil im Lothringischen wohnt. Wer es mit den Direktionen dieser fünf Hauptwerke verdirbt hat, braucht auf Weiterbeschäftigung in seinem Beruf in ganz Saarabien nicht zu hoffen. Vor Gericht ist festgelegt worden, daß „unbillige“, gemapregelte Vergleiche nach einer „Rückprache“ der Bergwerksbeamten sogar ihre Arbeit bei Bauunternehmern und bei der Straßenbahnverwaltung verloren haben. Das geht sehr einfach, ein „harmloser Wink“ genügt.

Von den größeren Eisenwerken Saarabiens beschäftigen Stumm-Neunkirchen etwa 4900 Arbeiter, Burbacher Hütte 4000, Böding 3200, Röschling 4500, Dillingen 4000, Krämer-St. Ingbert 1200, die Wendels-Größ-Wagewere-Hygingen 8000, Ehrhardt & Schmer (Maschinenfabrik, Schleifmühle) 800, Mannesmann-Röhrenwerke Bous 800, Rombacher Hütten 2500, Hüttenwerke Lumes-Friede 2300, Saarbrücker Gußstahlwerke 400, Fentzcher Hütten 900. Die saarabischen metallindustriellen Werke werden zusammen etwa 52000 bis 54000 Arbeiter beschäftigen. Es gibt also hier für den Metallarbeiter-Verband ein reiches Feld der Arbeit. Birta 30000 Metallarbeiterroboten auf den sieben oder acht größten Werken, und deren Besitzer oder Leiter sind Stummlinge vom reinsten Wasser. Die Arbeiter sind meistens noch zu furchtlos, auch nur eine Agitationschrift von uns anzunehmen, geschweige denn in die Versammlungen zu kommen und dort über die Werkverhältnisse zu sprechen. Wie sagten wir: Versammlungen? Ja, wenn wir nur Lokale erhielten in den Industriorten! Nur in St. Johann steht uns ein Lokal (Kaisersaal) ständig zur Verfügung. Gelingt es einmal im Kreise Saarbrücker-Ordnung ein Lokal zu mieten, dann sehen die saarabischen Herrscher (inklusive Klerikale!) alle Mittel der Einschüchterung und Überredung in Bewegung. Das Ende vom Liede ist: Das Lokal wird uns entweder sofort abgetrieben oder wir erhalten es nur einmal. In der Pfalz gelingt es auch nicht besser, Versammlungen zu arrangieren; in flosterikalen Lothringen ist es noch schwerer. Kaum wird unsere Agitation ruchbar, gleich nehmen Betriebsdirektion, Ortsbehörde und Geistlichkeit den Kampf mit „geistigen“ Waffen gegen den „teuflischen“ Metallarbeiter-Verband auf. Die Arbeiter würden sich trotz Ortsbehörde und Unternehmern doch noch zugänglicher zeigen, wenn nicht der Pfarrer prinzipiell gegen die gewerkschaftliche Organisation arbeitet! Hier ist der Pfarrer mehr wert für die kapitalistische Herrschaft wie dreißig Gendarmen. Die christlichen Gewerksvereine stoßen ebenfalls auf den heftigen Widerstand des größten Teiles der saarabischen Geistlichkeit!

Über die saarabische Arbeitererziehung hat der Prozeß des Bergrats Hilger gegen den gemapregelten Bergmann Krämer erbauliches Material ans Tageslicht gefördert. Die als Zeugen vernommenen „gutgesinnten“ Arbeiter betrachteten die Angeberei und das Denunzieren ihrer Kameraden als die größte Selbstverständlichkeit. Dieser moralischen Defekt der saarabischen Arbeitererziehung hat Rechtsanwalt W. Heine-Berlin als Verteidiger Krämers gebührend gegeißelt. Auch in unseren Kollegenkreisen herrscht eine fabelhafte Angst vor Denunzianten! Kommt man mit den Kollegen zusammen, so bringen sie fast immer eine neue Denunziation zur Sprache. Keiner traut dem anderen! Fast hätten wir gesagt, keiner trauet sich selbst. Immer glauben sich die Eingliedigen von Schnüfflern und Angebern umringt. Daß sie ein gesellschaftliches Recht zur Organisation haben, ist vielen Kollegen im Saargebiet völlig unbekannt. Nach ihrer Meinung ist der „Brotherr“ Gebieter innerhalb und auch außerhalb des Werkes, „von Gottes Gnaden“ Beherrscher der Arbeiter. Die Arbeiter des Saargebiets müssen erst mit dem geltenden sozialen Recht bekannt gemacht werden, unzählige haben schon die geistige Kraft zum Begreifen ihrer mittelalterlichen Situation verloren.

Dazu kommt noch im lothringischen Industriegebiet eine außerordentlich starke italienische Einwanderung (fast 40 Prozent der Gesamtarbeiterschaft), die der modernen Arbeiterbewegung noch völlig apathisch gegenübersteht. Haben sie ihre Polenta und ihre Macaroni, haufen sie auch nur in unbefehrblichen Gelassenheit, so sind sie zufrieden. Etwas zugänglicher sind die französischen und luxemburgischen Arbeiter, die auch schamlos in das deutsche Pflanzgebiet zur Wertsarbeit kommen. Aber dieses ausländische Arbeiterelement wagt hin und her, bleibt nirgends lange und drückt

die Lage der Einheimischen herab. Dadurch entstehen „nationale“ Streitigkeiten, die Arbeiter bleiben uneinig, der Unternehmer lacht sich ins Fräutchen.

Wo die Werke „Arbeiterhäuser“ gebaut oder beliehen haben, da sind ihre Einwohner doppelt dem saarabischen Kapital untertan. So nötig auch die Schaffung von Wohnungen für die Arbeiter ist, so werden sie ein neues und sehr gefährliches Knechtungsmittel, wenn der Bau von „Kolonien“ durch den Industriebaron erfolgt. Wir dürfen es häufig nicht einmal wagen, die Werkkolonien zu betreten, sobald der Aufseher unsere Mission auschnüffelt. Die Kolonienbewohner lassen sich widerstandslos ihre Degradation zu Füßen gefallen.

Saarabien ist noch ein weites und hart zu bearbeitendes Feld für den Metallarbeiter-Verband. So in die Augen springende Erfolge sind hier nicht zu erzielen wie in Berlin, Hamburg, Leipzig u. s. w. In Saarabien werden von 100 Agitationsgängen vorerst noch 95 ohne direkten Erfolg gemacht, aber wir machen doch die Erfahrung, daß ansehnend nutzlose Mühe nicht ganz nutzlos war. Es muß hier ein ganz spezielles („saarabisches“) Agitationssystem ausgebildet werden, wir müssen uns nach der Decke strecken. Verzagen dürfen wir überhaupt nicht, schon wegen der Notlage der Berufsgenossen nicht.

Die Löhne der Eisen- und Stahlarbeiter haben sich während der letzten Prosperitätsepisode durchschnittlich nur um 30 bis 35 Pf. pro Schicht gehoben. Die Unfallkassen der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft gab pro 1902 als Durchschnittslohn 1037,34 Mk. an. Lohnzulagen sind seitdem nicht eingetreten; im letzten Jahre haben stellenweise Arbeiterentlassungen stattgefunden, denen sich wie üblich Lohnabzüge anschlossen. Durchschnittlich steht der Lohn noch unter 3,50 Mk. Schlosser und Dreher erhalten häufig nicht einmal 3 Mk. Schichtlohn. Wenn ein Monatslohn von 100 Mk. herauskommen soll, müssen sehr viele Überstunden gemacht werden.

Die fünf großen Eisen- und Stahlwerke im Handelskammerbezirk Saarbrücken erzeugten 1902: 1008464, 1903: 1284312 Tonnen Roheisen; die Fabrikate beliefen sich auf 64622 und 630939 Tonnen, der Gesamtverwand auf 650704 und 942623 Tonnen. Die Arbeiterzahl betrug 1902: 19187, 1903: 20457. Die Zahl der Arbeiter nahm um 7 Prozent, die erzeugte Menge Roheisen um 23 Prozent zu! Ergo war die Tätigkeit der Arbeiter erheblich ertragreicher für die Betriebsherren, von besserer Bezahlung der Metallarbeiter ist uns aber nichts bekannt geworden. Die Entlohnung pro Quantum oder Stück ist im Gegenteil heruntergedrückt worden, wie uns die davon betroffenen Kollegen klagen.

In die Höhe gegangen aber ist die Gefahr für Gesundheit und Leben der Arbeiter. 1898 erlitten von den 44286 in der Südwestdeutschen Unfallberufsgenossenschaft versicherten Personen 4119 Verletzungen oder 93,01 pro Tausend. 1902 gab es 57585 Verletzungen, von denen 5868 = 101,89 pro tausend Unfälle erlitten. 1903 kamen von den fünf großen Saarbrücker Eisen- und Stahlwerken 2056 Unfälle zur Anmeldung, das waren 107 auf tausend Arbeiter. Ein Werk hatte 120, ein anderes sogar 190 Unfallanmeldungen pro tausend Arbeiter! Auf diesem letzten Werk erlitten Unfälle 1899 11,7 Prozent, 1903 19 Prozent aller Arbeiter! Sind die Löhne auch nicht aufgebessert worden, so haben doch mehr Arbeiter ihre gesunden Knochen geopfert. Ob dieser „Trost“ die saarabischen Kollegen zufrieden gestellt hat?!

Sehr bezeichnend ist, wie sich die Zentrumsprelle in dem Gebiet, in welchem gerichtlich die Drangsalierung katholischer Arbeiter durch nationalliberale Scharfmacher festgelegt wurde, gegenüber der freien Gewerkschaftsbewegung verhält. Der Artikel in Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung über die Zustände auf dem Dillingen-Hüttenwerk hat bekanntlich die Hüttenleitung zu einem Stummischen Akt an „ihre“ Arbeiter veranlaßt, der die Teilnahme an sozialdemokratischen und ähnlichen Vereinigungen“ einfach untersagt! Nun erscheint in Saarabien seit einigen Monaten eine von klerikaler Seite herausgegebene Saar-Post. In diesem edlen Zentralblatt wird der Hüttenleitung das „Recht“ zuerkannt, die „sozialdemokratischen Geher“ und „Verleumder“ zu maßregeln! In dem Hilger-Krämerprozeß erklärten nationalliberale Parteigänger, sie duldeten die (klerikale) „Dachschprelle“ nicht, diese sei in puncto persönlicher Verhöhnung der Arbeiter gegen die Arbeitgeber „schlimmer als die Sozialdemokraten“. Deshalb müßten sich die Leser der Dachschprelle eben eine Ausnahmebehandlung (Maßregelung) gefallen lassen!

Raum ein Vierteljahr nach jenem Prozeß stellt sich die Saar-Post auf den Standpunkt der — Hilger und Genossen, jetzt macht die Zentrumsprelle die Industriellen schon scharf gegen die freien Gewerkschaften! Wir erblicken darin und in den zahlreichen jetzt erscheinenden Heftnotizen der Zentrumsprelle gegen den Metallarbeiter-Verband ein Anzeichen der Furcht vor dem Erfolg unserer Agitation. Ebenfalls erblicken wir in der seit einigen Wochen hier fieberhaft entfalteten Versammlungsagitation für die „christlichen Gewerkschaften“ und die mit ihr konkurrierenden „katholischen Gewerkschaften“ das klerikale Bemühen, die saarabischen Zustände aufrecht zu erhalten. Daß die Klerikale mit ihrer „Gewerkschaft“ bedingungslos die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu bessern, ist ja ausgeschlossen. Man will nur politische Bahnmache betreiben.

Keine Macht der Welt kann aber den Aufmarsch der Arbeiterbataillone verhindern, auch die kapitalistischen Herrscher und der Klerus in Saarabien werden der modernen Arbeiterbewegung den Tribut zahlen müssen. Dafür ist uns gar nicht bange. Wenn es auch in Saarabien nicht wie in den industriereichen Vorstädten mit Säuremühen vorwärts geht, so mögen die Kollegen bedenken, daß wir hier einen der vorgeschobenen Posten innehalten, dessen Boden sich hartnäckig verteidigt und besetzt werden muß, bevor eine weitere Etappe genommen werden kann. Vorwärts werden wir aber auch hier kommen.

### Die Bielefelder Metallindustrie und ihre Arbeiter.

Bielefeld ist unbestritten der Hauptsitz der deutschen Nähmaschinen- und Fahrradindustrie; davon ist die erstere die ältere, immerhin ist auch sie noch verhältnismäßig jung. Ihre Entwicklung ist ungemein günstig beeinflusst durch die in Bielefeld um ein volles Jahrhundert früher vorhandene Wäschindustrie. Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde in Bielefeld die erste Nähmaschine durch den Werkmeister v. Baer, den Mitbegründer der Firmen S. Koch & Co. und Baer & Kempel gebaut. Die Koch'sche Nähmaschinenfabrik ist die älteste. Aus ihr sind alle Unternehmungen in der Industrie am Orte hervorgegangen: Baer & Kempel, Körpff & Co. und Hengstenberg & Co. Ende der achtziger Jahre, als das Fahrrad, das „Veloziped“ in Gebrauch kam, wurde auch die Fabrikation von Fahrrädern nach und nach in den größeren Fabriken eingeführt; die vier genannten Werke produzieren jährlich Fahrräder und Nähmaschinen im Werte von 15 Millionen Mark und zahlen nach Angabe des Herrn Kempel, Mitinhaber der Firma Baer & Kempel, 5 Millionen Mark an Löhnen. Später sind noch andere Betriebe zur Fabrikation von Fahrrädern und Fahrradteilen errichtet worden, so die Fahrradwerke von Aug. Görick & Freese und Worum, die Fabriken für Fahrradteile, Fahrradtaschen und Zubehörteile Nagel & Co., Logger, Lohmann und Wittopp & Co. und die Fabrik für Präzisionsfahrradteile G. m. b. H. Im ganzen dürften in beiden Industriezweigen weit über 6000 Metallarbeiter beschäftigt sein. Dazu kommen noch viele Werkzeugmaschinenfabriken, die von den genannten Industriezweigen ebenfalls bedeutend in ihrer Entwicklung gefördert, ja zum Teil aus ihnen hervorgegangen sind. Auch in diesen Fabriken sind noch einige tausend Metallarbeiter der verschiedensten Branchen beschäftigt.

Daß dieser Aufschwung der Metallindustrie am Orte auch auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse den größten Einfluß ausübte, bedarf keiner Erwähnung. Durch die rasche Entwicklung, die besonders in den neunziger Jahren durch die Fabrikation der Fahrräder einsetzte, sind Tausende von Arbeitern der verschiedensten Berufe herangezogen. Das hat aber seinerseits auch besonders in der raschen Bevölkerungszunahme Bielefelds. Während im Jahre 1889 die Kopfzahl der Bevölkerung 39950 betrug, ist sie bis 1904 auf 67297 gestiegen. Das ist, wie gesagt, die unmittelbare Folge des Aufwuchses in der Metallindustrie. Dazu kommt noch, daß der Landkreis Bielefeld ebenfalls eine starke Arbeiterbevölkerung stellt, die zum größten Teile in der Metallindustrie der Stadt beschäftigt ist. Der Einfluß, den der Zuzug der ländlichen Arbeiterbevölkerung im allgemeinen auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses ausübt, trifft also im besondern auch für die hiesigen Verhältnisse zu.

In der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie sind von den einzelnen Berufen der Metallbranche beschäftigt: Schlosser, Dreher, Formner, Schleifer, Lackierer, Hobler, Bohrer, Fraiser, Vernickler und andere mehr, zumeist also Berufe, die aus ungelerneten Arbeitern aufnehmen können. Die bis ins Kleinste durchgeführte Arbeitsteilung ist ein übriges, um auch die mehr aus gelehrten Handwerkern bestehenden Berufe der Schlosser, Dreher, Formner, Schleifer u. s. w. den ungelerneten Arbeitern zu erschließen. In vielen Werkstätten stehen am Schraubstock, an der Drehbank, am Schleifbock Arbeiter, die kurz vorher den Pfug geführt, oder vorwärtsamen Handwerk des Schneiders oder Schuhmachers umgearbeitet id. Arbeiter, die früher die Weberei- und Spinnmaschinen der Seifabriken bedient, haben massenhaft in den Metallwarenfabriken Beschäftigung gesucht und gefunden, weil ihnen die Löhne in der Metallindustrie im Vergleich zu dem erbärmlichen Verdienste in den Textilfabriken begehrlieh dünkten. Ja, Bauarbeiter und Maurer, die im Winter in ihrem Beruf beschäftigungslos bleiben, suchen dieser Jahreszeit, der Hochsaison der Fahrradfabrikation, in 7 Fabriken Umstellung und Verdienst.

Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte zu erklären, seien zunächst noch einmal kurz die zu gewichtigen Faktoren, die zur Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von wesentlicher Bedeutung sind, kurz angeführt: massenhafter Zuzug vom Lande und überwiegende Beschäftigung der sogenannten ungelerneten Arbeiter in den Metallfabriken. Es ist unnötig, zu betonen, daß diese Feststellungen keineswegs beabsichtigen, einen Gegensatz zwischen den Arbeitern: Stadt und auf dem Lande, oder zwischen gelehrten und ungelerten zu konstruieren. Es soll nur dargelegt werden, wie diese gewissen Umstände dazu beigetragen haben und noch beitragen, eine Befug der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu erschweren.

Was zunächst den Zuzug vom Lande betrifft, so weiß jedes Kind, daß der ländliche Proletarier unter kleine Bauer weit genügsamer sind, weit weniger Ansprüche an Leben stellen, als der Arbeiter in der Stadt. Er hat nicht nötig, sein Äußeres die Sorgfalt der Städter zu verwenden, er nimmt die einfachsten und geringsten Befestigung vorlieb, kennt keine Prünisse bezüglich des Wohnens — er hat die Bedürfnislosigkeit und Stumpfheit, die die allzu natürlichen Folgen der Knechtschaft und Elends der ländlichen Bewohner sind. Dagegen bedeutet freilich ein geringer Verdienst in der Stadt das „reinste Wohlleben“ allzu leicht ist der Arbeiter vom Lande geneigt, sich zu allen jenen Bedingungen anzubieten. Es kommt noch hinzu, daß die Kategorie der ländlichen Arbeiter im „Nebenamt“ immer noch „vier“ bleiben. Ein Stüchchen Ader, wenn es auch erst zu teurem Lande erstanden werden muß, ein obermegrere Schweinchen im e (das Ideal des bekanneten Pastors v. Bodelschwingh) bringt Lebenshaltung in eine noch günstigeren Stellung. Allerdings, frucht nur nicht: wie? Frühmorgens, vor Beginn der Arbeit, Plage auf dem Felde. — Freitabend! hinaus aufs Feld! Schaf, Nennen und Hasen, nur kurz die Maß des Schlafes weniger ein — das ist das Los der ländlichen Industriearbeiter. Zwar die Erziehungsarbeit der gewerkschaft-



lichen Organisationen hier schon Wunderdinge vollführt, immerhin noch man versteht, wenn eine Wandlung dieser ländlichen Arbeits-

Eine nicht minder schwere Konkurrenz ereignet den gelernten Arbeitern, die für ihren Beruf Bestellungen durchsehen können, im Zug der ungelerten und aus anderen Berufen umgestalteten Arbeiter.

Im Sommer ist tote Saison. Wohl geht die Fabrikation der Nähmaschinen in normalen Zeiten auch im Sommer ihren gewohnten Gang, allein der sommerliche Stillstand in der Fahrradproduktion

In der Nähmaschinenbranche allerdings werden auch jetzt noch die „Regulierungen“ mit Hochdruck zu betreiben — versucht. Es ist erfreulich, daß auch in diesem Zweige nunmehr die Arbeiter

Das gilt für alle Branchen dieser Industrie, wenn nicht jeder Beruf, die ohnehin langen Löhne zu schmälern, zurückgewiesen werden kann.

Alle Abteilungen der Industriebranche kranken an diesem Übel. Es ist nicht nur die größte Ungerechtigkeit, sondern es bringt auch die Gefahr der Zersplitterung, der Uneinigkeit bei Aktionen der Gewerkschaften in sich.

Die Löhne und Arbeitsbedingungen in den übrigen Abteilungen sind von derselben großen Besorgnishaftigkeit. Während zum Beispiel die Bauarbeiter am Orte gemein 40 Pf. Straßenzohn und darüber

erhalten, sind die Lohnsätze der Fabrikarbeiter weit niedriger, die Akkordsätze dagegen ungleich höher bemessen.

Organisiert sind insgesamt etwa 4000 Metallarbeiter, davon die Mitgliederzahl der Verwaltungsjahre Schilbesche eingerechnet im Deutschen Metallarbeiter-Verband 3500, einige Hundert im Zentral-

Bielefeld. E. Severing.

Arbeitsnachweis oder schwarzes Kabinett?

Die Frage, ob der sogenannte Arbeitsnachweis der Rühnemänner in Berlin ein Arbeitsnachweis oder ein schwarzes Kabinett ist, war schon entschieden, ehe diese Einrichtung in die Praxis überführt war.

„Um aber jedem Mitglied dauernd gesunde Zustände zu erhalten und um ihm fortlaufend den Segen des gemeinsamen Zusammengehens vor Augen zu halten, hat der Verband (Berliner Metallindustrieller. Der Verf.) in seiner letzten Generalversammlung beschlossen, dem Arbeitgeber wieder sein natürliches Recht, sich seine Arbeiter zu nehmen wie und wo er will, zurückzugeben und zu diesem Behuf eine Arbeitsnachweisstelle einzurichten, die

Alle Mitglieder des Verbandes verpflichten sich auf der einen Seite, ihren Bedarf an Arbeitern nur von der gemeinsamen Arbeitsnachweisstelle zu nehmen; auf der anderen soll dem Arbeitgeber die Zuführung notwendiger Arbeitskräfte so bequem wie möglich gemacht werden.

Die Tätigkeit der Rühnemännchen „Arbeitsnachweisstelle“ oder der „Vertrauenskommission“ bestand auch nun zunächst darin, „Agitatorenverzeichnisse“, „berichtigte Agitatorenverzeichnisse“ und „neueste Agitatorenverzeichnisse“ zu veröffentlichen.

Wer auch in der Arbeitsvermittlung versuchte sich die Arbeitsnachweisstelle“ des Herrn Rühnemann. Mit welchem Erfolg das geschah, illustriert ein am 26. August 1890 verfaßtes Zirkular, in dem man sich wegen der Unbrauchbarkeit der nachgewiesenen Arbeiter entschuldigt.

Es wird dann versprochen, „allmählich das schlechteste Material (!), soweit irgend zugänglich, auszumergen“, und „wenn ein Arbeiter sich als renitent, dem Trümte ergeben, arbeitslos oder vollkommen untauglich sich erweist“, soll es der Nachweisstelle gemeldet werden.

Auch diese Entschuldigungen und Versprechungen scheinen dem „Arbeitsnachweis“ nichts genützt zu haben. Es ist auch nachfolgender Brief für die Arbeitsvermittlung des Rühnemännernachweises bezeichnend genug:

B. Dette & Co., Berlin S., den 14. November 1890. Lampen- u. Fabrik. Grünstr. 90.

An die Arbeitsnachweisstelle des Verbandes Berliner Metallindustriellen, hier.

Anbei händigen wir Ihnen Nr. 3,75 in Marken, womit Sie Ihre Kassa vom 1. cr. gef. begleichen wollen.

Wir können nach unseren Erfahrungen den Arbeitsnachweis nur als eine durchaus verfehlte Einrichtung bezeichnen, die uns Umstände und Kosten verursacht, aber keinen Nutzen bringt.

Die hier zitierten Dokumente, die den älteren Kollegen durch die im Jahre 1891 erfolgten Enthüllungen über das Treiben der Rühnemänner noch erinnerlich sein dürften, beweisen, daß die Arbeitsvermittlung der Nachweisstelle in ihrer Wirkung mehr wie ungenügend war, daß der Hauptzweck in der Kontrolle über die „Streiter“ und „wüsten Agitatoren“ bestand.

Nun ist doch wohl ein Arbeitsnachweis, der von dem weitaus größten Teile der Arbeiter gemieden wird, ein überflüssiges Ding und zur Unfähigkeit verdammt. Das scheint bei dem Nachweis der Rühnemänner in der Gartenstraße zu Berlin aber nicht der Fall zu sein, denn in den 12 Monaten vom August 1903 bis Juli 1904 hat er — nach eigener Angabe — 36320 Stellen besetzt!

In Kaiserlich Statistisches Amt, dem eine Kommission für Arbeiterstatistik angehört, fand im Jahre 1902 eine Erweiterung oder Reorganisation statt; es wurde ein Beirat für Arbeiterstatistik gebildet. Die Aufgaben dieses Beirats bestehen insbesondere in der „Bekämpfung arbeitsstatistischer Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung sowie ihre Ergebnisse zu begünstigen“ u. a. (Reichs-Arbeitsblatt Nr. 1, April 1903, Seite 2).

widmet. Um möglichst gewissenhafte und genaue Angaben zu erhalten, hat sich das Kaiserlich Statistische Amt direkt an die Arbeitsnachweise gewendet. Es muß anerkannt werden, daß versucht wurde, von allen geeigneten Stellen Material zu erlangen.

Die Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlich Statistischen Amtes gibt als Publikationsorgan das Reichs-Arbeitsblatt heraus. In der folgenden Zusammenstellung habe ich die zwölf Nummern dieses amtlichen Blattes vom September 1903 bis August 1904 benützt. Die Vermittlungstätigkeit, wie sie das Reichs-Arbeitsblatt über den Nachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller (Rühnemänner) und den des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angibt, ist nachstehend veranschaulicht:

Table with 6 columns: Monat, Verband Berliner Metallindustrieller (Arbeitsuchende, Offene Stellen, Besetzte Stellen), Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsj. Berlin (Arbeitsuchende, Offene Stellen, Besetzte Stellen). Rows for months from August 1903 to July 1904, plus a 'Zusammen' row.

Wir sehen nun folgenden Resultat: Beim Arbeitsnachweis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin meldeten sich in den zwölf Monaten insgesamt 23569 Personen als arbeitslos.

Beim Nachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller meldeten sich in gleicher Zeit 10689 und als in Arbeit getreten werden — 36320 Personen aufgeführt. Gemeldet werden insgesamt 8766 offene Stellen. Die Tätigkeit der „Arbeitsvermittlung“ des Rühnemännernachweises zeigt also das gewiss ungemessene Resultat, daß 27560 Personen mehr in Arbeit gebracht wurden als Stellen gemeldet waren!!

Eine Erklärung für diese „Blusmacherei“ finden wir in der Rubrik, in welcher die Nachweise — mit Ausnahme des Rühnemännernachweises — die Bemerkungen über die Lage des Arbeitsmarktes geben. Dort steht, recht verächtlich in Nonpareilleschrift, daß „die Zahl der besetzten Stellen größer ist als die Zahl der offenen Stellen, weil auch Arbeiter ohne Mitwirkung der Nachweisstelle eingestellt werden“.

Also auch die ohne Mitwirkung der Nachweisstelle in Arbeit getretenen Personen werden von den Rühnemännern dem Statistischen Amt als „Vermittlungstätigkeit“ ihres „Arbeitsnachweises“ zugestellt. Daß durch solche Angaben die ganze Statistik unzuverlässig werden muß, ist selbstverständlich.

Ich erwähnte bereits, daß im Septemberheft die bisherige Notiz über das Mehr der besetzten Stellen fortgelassen ist. Um so irreführender sind die angegebenen Zahlen:

Small table with 2 columns: Arbeitsuchende (747), Offene Stellen (913), Besetzte Stellen (4065).

Man muß es geradezu als ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand bezeichnen, daß derartige Geboten werden darf. 3152 Personen mehr in Arbeit gebracht als offene Stellen gemeldet waren, und 3318 Personen als in Arbeit vermittelt mehr angegeben als sich überhaupt auf dem Nachweis gemeldet haben!

Das erinnert mich lebhaft an die kapriziösen Reklametollheiten des seligen Jaques Raphaelie, der seine Zigarren (Marke: Knallerballer-Stingomingo) das Hundert für 1,50 Mk. anpreis mit den Worten: „Ich zahle keine Ladenmiete, wer macht mir das nach!“

In Wirklichkeit ist ja der Rühnemännernachweis gar nicht einmal imstande, die dort gemeldeten Stellen zu besetzen. Abgesehen von dem oben zitierten Briefe der Firma Dette & Co. mußte ja der Herr Rühnemann selbst, jedenfalls nicht freiwillig, das Geständnis machen, daß „dieses Material (die nachgewiesenen Arbeiter) nicht das Beste ist“. Und in der Tat sind die sich auf dem Rühnemännernachweis Meldenden, mit geringen Ausnahmen, durchwegs minderwertige Arbeiter. Die besten Arbeiter sind heute organisiert und benützen den Nachweis ihrer Organisation, wenn sie nicht durch Bekannte in andere Arbeit gebracht werden. Selbst die Branchen, die auf dem Nachweis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angeworben werden, gehen nicht als Arbeitslose nach der Gartenstraße (höchstens ein verschwindend geringer Bruchteil). Trozdem die dem Ringe angeschlossenen Unternehmer verpflichtet sind, vom Rühnemännernachweis die Leute zu entnehmen, beziehen sehr viele von unserem Nachweis schon seit geraumer Zeit, und darunter auch ganz bedeutende Ringfirmen, ihre Leute. Ebenso wollen die Bestmeister in den meisten Fällen von den von der Gartenstraße zugewiesenen Arbeitern nichts wissen und lassen sich durch die in Arbeit stehenden andere Leute empfehlen. Diese werden dann eingestuft trotz der hitften Warnung des Herrn Rühnemann, nicht die Stellen „durch etwa zufällig sich anbietende Leute zu besetzen“. Einen großen, zeitweilig vielleicht gar den größten Teil der sich auf dem Rühnemännernachweis Meldenden bilden die sogenannten „Akkordspucker“ und „Rampänner“.

Diese Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, die im Strudel der Großstadt hin- und hergeworfen werden, die es verfaumt haben, sich durch Anschluß an eine Organisation den nötigen festen Halt zu verschaffen, die dem Alkoholteufel verfallen und ohne Willen und Energie sind, das sind die steten Gäste der Rühnemänner. Es sind das Leute, die die Suppenmarken und ähnliche „Brotkrumen“ mit häßlicher Demut in Empfang nehmen. Aber auch diese armen Leute, von denen den wenigsten noch zu helfen ist, benützen den Nachweis meistens nur, um sich ein paar Schnapsgrößen zu verdienen oder der sie bedrohenden Korrekturenstrafe auszuweichen.



Die Annahme, daß nicht viel mehr als die Hälfte der dem Rühnemannachweis gemeldeten Stellen ordnungsmäßig besetzt werden, ist wohl zutreffend und nicht zu niedrig gegriffen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß bei Streiks das Angebot von Stellen beim Unternehmernachweis ganz erheblich steigt.

Was bleibt also übrig von dem „Arbeitsnachweis“ des Verbandes Berliner Metallindustrieller? Nichts weiter als eine Kontrolle der bei den Ringfirmen einzustellenden Arbeiter! Was haben denn nun aber diese Personen und Stellen, die nur die Kontrolle passieren, mit dem „Nachweis“ zu tun? Wie kommt man dazu, diese Stellen unter der Tätigkeit der Arbeitsnachweise im Reichs-Arbeitsblatt rubrizieren zu lassen? Hier könnte die von den Unternehmern ausgehaltene Arbeitgeber-Zeitung einmal Antwort geben. In ihrer Nr. 37 schrieb sie über die von Legien verfaßte Statistik der Streiks, „daß die amtliche Statistik objektiv, die gewerkschaftliche sozialdemokratisch gefärbt ist.“ Und weiter: „Erfolgt diese Aufzählung (von Fällen, wo nach Ansicht der Arbeitgeber-Zeitung das Resultat ein anderes ist) nicht, so ist damit ohne weiteres das Zugeständnis gegeben, daß die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Art, eine Statistik aufzumachen, das Recht scheuen muß.“ Wir werden sehen (oder auch nicht!), wie nun die Arbeitgeber-Zeitung über die Arbeitslosen-„Statistik“ der Rühnemannänner redet oder — schweigt.

Nach allem sieht fest oder ist vielmehr aufs neue zahlenmäßig nachgewiesen, daß der Arbeitsnachweis der Rühnemannänner weiter nichts ist als was ihn die Berliner Metallarbeiter schon seit Jahren titulieren:

**Die Sittenkontrolle; der S. . . . . nachweis; das schwarze Kabinett!**

Aber die „wüsten Agitatoren“ sind in den vierzehn Jahren noch nicht ausgerottet worden, im Gegenteil: es sind deren viel, viel mehr geworden, trotz der über sie geführten Konduiten! Über die Tätigkeit unseres Arbeitsnachweises ein anderes Mal. P. P.

**Vom ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongress in Frankfurt a. M., 16. bis 19. Oktober 1904.**

Als nach dem ersten Referat des Professors Dr. Pöhl über die tatsächliche Entwicklung des Wohnungswesens und nach den Ausführungen des ersten Diskussionsredners, des Bauinstitutors Hartwig, als Vertreter der Hausbesitzervereine Deutschlands, eine Frau Früh das Wort ergriff, da ging es bei ihren einleitenden Worten wie ein Aufatmen durch die wohl tausendköpfige Versammlung: „Bis jetzt hatte ich den Eindruck, als wenn ich in einer Versammlung irgend eines Hausbesitzervereins wäre, aber nicht auf einem Kongress von Männern, die die Absicht haben, vorhandene Übel zu beseitigen.“

Zunächst hätte ein urteilsloser Zuhörer nach den ersten Verhandlungstagen beruhigt zu sein. Die Stammtischrunde zurückkehren können mit der Überzeugung, daß wir es in Deutschland doch herrlich weit gebracht: „Die Statistik zeigt, daß die Wohnungsdichtigkeit überall abgenommen hat, und die Hausbesitzervereine sind dauernd darauf bedacht, umfassende Wohnungsreformen vorzunehmen.“ Allerdings wäre ihm bei längerer Anwesenheit seine Ruhe recht bald abhanden gekommen, als nun Schlag auf Schlag die Erörterungen folgten und nicht nur die statistischen Unterlagen des Referats, sondern besonders auch die einseitigen Ausführungen des Vertreters der Hauswirte scharf angegriffen wurden. Ich hebe nur hervor die treffende Widerlegung der Behauptung, daß jede Stadtgemeinde zur geordneten Entwicklung auf einen Stamm jetzthafter Hausbesitzer sich stützen müsse, indem ausgeführt wurde, daß das Wohnungselend ja gerade darauf zurückzuführen sei, daß dieser schadhafte Stamm seinen Häuserbesitz als Handels- und Spekulationsgegenstand benütze. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Kritik, einmal entfeßelt, auch über die Organisation der von Arbeitgebern eingerichteten Arbeiterwohnungen herzog. Ein großer Teil der Kongreßmitglieder hatte tags zuvor an dem von der Gesellschaft für soziale Reform veranfalteten Ausflug nach den Höchster Farbwerken teilgenommen und dort erfahren, daß die Mietordnung der sonst so trefflich eingerichteten Kolonie allerdings besagt, daß bei Arbeitsfindigung die zugeteilte Wohnung binnen vierzehn Tagen zu räumen sei. Es bedurfte keiner weiteren Ausführung, um derartigen, im Interesse des Wertes geschaffenen Einrichtungen die Eigenschaft abzupfeilen, als soziale Maßregel zu gelten, die das allgemeine Wohnungselend, die Summe der vorhandenen Schäden, mildern könnte. Wird der Klassen Gegensatz nicht gerade dadurch vertieft, daß der Arbeiter in Rücksicht auf seine Familie sich immer widerwilliger der Abhängigkeit von seinem Arbeitgeber fügt? Wird der sogenannte „freie Arbeitsvertrag“ nicht dadurch illusorisch, daß man dem Kontrahenten eine Fessel anlegt wie sie schwerer nicht denkbar ist, indem man zu der Strafe des Verlustes der Arbeit auch noch die Strafe der Obdachlosigkeit hinzufügt? Gibt es nicht Werte, in denen die sogenannten „Wohlfahrts“-Wohnungen im Falle der Kündigung sogar binnen drei Tagen zu räumen sind? Ich weiß es nicht, es wurde aber in der Diskussion von einem Gewerkschaftsvertreter behauptet.

Frau Lily Braun wies ferner auf eine Bestimmung des preussischen Wohnungsgesetzbuches, der auch sonst mehrfach Gegenstand der Kritik war, hin, nach dem für Dienstboten ein Gesäß von 10 Kubikmeter Raum vorhanden sein müsse, indem sie damit die Bestimmung verglich, nach der für Strafgefangene in preussischen Gefängnissen 22 Kubikmeter vorgezeichnet seien. Sie bemerkte sehr treffend, daß hiernach also die Unterbringung der Dienstboten zum Beispiel in den Palästen von Berlin W (mit der bezeichnenden Eingangsbekennung: „Nur für Herrschaften!“) erheblich ungünstiger sei als in Gefängnissen. Sie forderte weibliche Mitglieder für Wohnungsinpektionen, indem sie energisch zurückwies, daß etwa das „preussische Mädchen für alles“, die Köchin, mit dieser Tätigkeit bestraft würde. Diese weiblichen Inspektoren wurden auch von einer anderen Rednerin gefordert, die ihnen die Aufgabe zuteilen wollte, den Arbeiterfrauen mit Rat und Tat zur Hand zu gehen. Hierzu machte ich mir nun allerdings doch meine abweichenden Gedanken! Bei aller Hochachtung vor Lily Braun und ihren Mitkämpferinnen kann ich mir diese Frauen denn doch nicht denken, wie sie unseren Arbeiterfrauen in ihrer Hauslichkeit, etwa beim Kochen oder bei der Wäsche, bei Krankheiten oder den tausendfältigen Sorgen in der Familie zur Hand gehen sollten. Gebt unseren Arbeiterfrauen nur ordentliche Wohnungen — und dann laßt sie nur allein drin schlafen und wachen! — Spahhaft wirkte es, als sogar der alte Aristoteles mit herangezogen wurde, um zu beweisen, daß den „mehr Pflichten Leistenden“ (Steuern) auch „mehr Rechte“ zugestanden werden müßten. Reichstagsabgeordneter Dr. Sudekum wies mit Recht darauf hin, daß der alte Mann doch schon recht lange tot sei.

Im Laufe des zweiten Tages wurde es recht langweilig. Die Schilderungen der Tätigkeit von Baubanden, Versicherungsanstalten etc. würde man, wenn man die Berichte darüber gedruckt vorliegen hätte, wahrscheinlich nicht lesen; sie hier anhören zu müssen, gehörte nun zwar mit zu den Pflichten der Versammlung, aber nicht zu den angenehmen. Dafür entschädigte der Abend, der eine öffentliche Versammlung brachte. In dem ersten Referat stellte Dr. Oppenheimer das schon von einem Diskussionsredner vertretene Ideal der Gartenstädte als höchstes Ziel dar. Dann kam die Alltagsfrage aus Tapet und dann ein Vortrag des als Redner berühmten Vater Palmatus aus Venlo. Der im Gewand des Kapuzinens Ordens auftretende Geistliche sprach mit einer Wärme, einer rhetorischen Gewandtheit, daß ihm alles atemlos lauschte. Er packte und riß hin mit seiner Schilderung des Wohnungselendes in den Städten. In dieser Versammlung hatten die Hausbesitzer verspielt. Gegen mathematische Beweise gibt es Gegenbeweise, gegen Argumente und Folgerungen gibt es Einwendungen; wenn aber mit der

Schilderung des Kinderelendes gegen Väter- und Mütterherzen operiert wird — dagegen gibt es nichts! Und als es dann in schlichter Weise sagte: „Ich kann Ihnen keine Statistik geben, keine wissenschaftlichen Beweise, ich habe keine — ich höre nur den einen verzweifelte Schrei: Wir leiden, heißt uns! Und deshalb laßt uns helfen — jetzt oder nie!“ — da hatte er die Massen gewonnen. Nach ihm sprach noch Pfarrer Naumann, gleich trefflich, weniger an das Gefühl als an den Verstand sich wendend. Er forderte als nationale Pflicht die Erhaltung der Familie, die aus dem mächtigen wirtschaftlichen Faktor der Vergangenheit unter dem Einfluß der Wohnungsnot allmählich zur Null geworden sei. Ausbreitung, Platz für das Familienheim müssen wir fordern im Interesse der heranwachsenden Generation. Aus den Kindern, die in ihrer Jugend immer nur gehört hätten: „es ist kein Platz da“, würden nur engherzige, kleinliche Menschen — Duzendworte, keine freidenkenden Geister! —

Wenn auch dieser Kongress wirklichen greifbaren Nutzen nicht geschaffen hat, nach Lage der Sache auch gar nicht hätte schaffen können, so hat er doch sicher das erreicht, was Oberbürgermeister Widies in seinen Begrüßungsworten wünschte, er hat den Willen zur Tat gemocht und gestärkt. Ich bin überzeugt, daß aus der Mitte der Kongreßmitglieder der Entwurf zu einem Reichswohngesetz, statt des verunglückten „preussischen“ Gesetzesentwurfes, entstehen wird; ich bin überzeugt, daß die zahlreich zugegen gewesenen Geheimen und Obergeheimen Räte, die am Begrüßungsabend ihre endlosen reichhaltigen Glückwünsche dargebracht hatten, die aber im Laufe der Verhandlungen doch wohl manches Mal diesem sich regenden frischen Geiste kein Seheben wünschten, und die da manch herbe Kritik ihrer üblichen amtlichen Tätigkeit mit anhören mußten, nach ihrer Rückkehr ihren diversen hohen Chefs zwar spottende, aber doch wohl zu neuer Tätigkeit anregende Berichte abstaten werden.

**Die Mitarbeit der Gewerkvereiner an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.**

Mit einer Dreifachheit, die in der Tat bisher selbst bei den Gewerkvereiner unerreicht ist, unternimmt es der Regulator, unsere Verhältnisse in Nr. 39 über die Pasewalker Eisengießerei und Maschinenfabrik H. Behrendt megalugnen. Der Einsender der Zeilen des Regulator — die geradezu eine Mohrenwäsche bedeuten — behauptet zunächst einfach, die Angaben über die Löhne seien „aus der Luft gegriffen“. Der Herr unterläßt es aber wohlweislich, andere Angaben zu machen als die famose Redensart: „Die Akorde sind derart, daß Stundenlohn sähe bis zu einer Mark dabei herauskommen.“ Soweit das nicht offensichtlich Unsinns ist, ist es Schwindel oder ein Kniff, für die berechnet, die nicht alle werden. Vielleicht, daß einmal in zehn oder noch mehr Jahren ein Diebling oder guter Freund des Meisters bis auf 40, 50 oder 60 Pf. gekommen ist — von „einer Mark“ kann keine Rede sein, noch weniger davon, daß solche Ereignisse irgend eine Häufigkeit sind. Unsere Angaben stützen sich auf Berechnung der Aufwandsdienste im Durchschnitt von etwa dreizehn Wochen. Jede andere Angabe ist ja auch Unsinns, und es ist eben kennzeichnend für die „Mitarbeit“ der Gewerkvereiner an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daß der Einsender den Verdienst der Günstlinge und des Herrn Meisters Morell jun. einfach verallgemeinert und noch mehr hinzuschwindelt, um die Bude reinzuwaschen! Demgegenüber müssen wir erklären, daß unsere Angaben über die Lohnhöhe eher noch zu hoch als zu niedrig sind, wie bemerkt, als Durchschnittsverdienst etwa eines Vierteljahres.

Genau so können wir alle anderen Angaben unseres Artikels in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung im vollen Umfang aufrecht erhalten. Für die Strafgebelde werden — dafür sind Zeugen vorhanden! — oft genug Materialien für den Fabrikbedarf angeschafft! Die Gießerei hat überhaupt keinen direkten Eingang, sondern nur den beim Fahrstuhl, 40 bis 50 Zentimeter breit, oder durch die Schloßerei. Die mit vollem Rechte berichtigte Berg- und Talbahn ist im eigenen Interesse der Firma gebaut, da ohne diese das Gießen fast zur Unmöglichkeit wird. Das Passieren des Fahrstuhls ist nicht zu vermeiden. Das Trinkwasser ist schlecht, die Entlassungen sind nicht wegen Unreinlichkeit erfolgt. Es ist sogar ausdrücklich ausgesprochen worden, daß alle „Nörgler“ entlassen werden sollen. Es sind auch Zeugen dafür vorhanden, daß die geplante Werkstataverammlung allen Gewerkvereiner bekannt war. Wegen Mangel von Hilfsarbeitern hat Meister Morell jun. schon früher „kommandiert“, den Kran zu drehen und, trotzdem er noch ziemlich jung ist, sogar ältere Leute. Leider hatten diese nicht Müdigkeit genug, das einfach zurückzuweisen. Das ist die „Ergebnisarbeit“ des Gewerkvereins.

Kurz — die Erwiderung ist eine erhabliche Mache, für die sich der Gewerkverein selbst verantwortlich macht, weil sein Vorstehender des Ortsverbandes Pasewalk den Artikel im Regulator gezeichnet hat. Der Herr Nießbed, der das Ding verantworten will, arbeitet nämlich nicht bei Behrendt, er ist — Zimmermann!

Aber noch nach einer anderen Richtung ist die Sache mehr als blamabel für den Gewerkverein. Es wird uns nämlich mitgeteilt, daß dem Generalrat des Gewerkvereins unbedingt die Mißstände in dem Pasewalker Betrieb bekannt sein müssen, weil die Pasewalker Gewerkvereiner früher schon einmal deswegen streiken wollten! Und trotz dieser Kenntnis nimmt der Regulator das Zugewängsch auf!

Zu allem Überflus jedoch haben wir nun noch eine Zuschrift aus der Hand eines Gewerkvereiners aus Pasewalk erhalten, aus der wir das Nachstehende wiedergeben:

„Auf den Artikel in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung ist jetzt in unserem Regulator eine Antwort erfolgt, die uns als Mitglieder des Gewerkvereins denn doch zu stark ist. Wir hätten das nicht für möglich gehalten, denn Nießbed hat den Artikel nicht geschrieben, er arbeitet nicht bei uns. Er hätte seinen Namen nicht darunter setzen sollen, so viel konnte er sich doch denken, daß das nicht stimmt. Wir vom Ortsverein haben von diesem Artikel gar nichts gewußt, und im Namen des Gewerkvereins ist er doch an den Generalrat geschickt worden. Nun will ihn aber keiner geschrieben haben, und vom Vorstand muß er doch gemacht sein. Ach ja, da ist ja auch noch Hempel, der in der Fabrik der dritte an der Spitze ist! Auch nein, der will ja auch unschuldig sein. Na, wir wissen recht gut, wer den Artikel im Regulator aufgesetzt hat, auch wissen wir, daß, wenn jemand in der Fabrik oder in der Versammlung die Verhältnisse kritisiert, es sofort Morell und Behrendt wissen. Aber daß selbst der Generalrat dies glaubt hat, dies wundert uns noch viel mehr. Daß solche Unwahrheiten von hier geschrieben werden, das ist schmutzig, das hat uns im Gewerkverein viel geschädigt, denn was wahr ist, das ist wahr: Der Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung ist vollständig der Wahrheit entsprechend. Und wie ist der Artikel von hier aus widerlegt? Es wird darum herumgegangen, wie die Frage um den heißen Brei. Kann denn der Artikelschreiber wirklich nicht rechnen? Ach ja! Er hat die Stunde auf 1 Mk. herausgerechnet, hat aber nicht bedacht, daß das auf vierzehn Tage bei eifrigster Arbeitszeit 132 Mk. ausmacht. Hui! Uns wird ganz schwindlig, da ist doch die Rechnung mit dem H. durchgegangen. Die Hälfte wird es, wenn — ja, wenn! — es gut geht, wenn wir uns schinden müssen, daß man die Schwindigkeit bekommt. Es wird nicht elf, sondern oft dreizehn bis vierzehn Stunden gearbeitet. Rechnet man die normale Arbeitszeit, wie sie fast schon überall eingeführt ist, zu zehn Stunden, so werden aus den vierzehn Tagen drei Wochen, da bleiben auf die Stunde aber keine 40 Pf. Dies ist aber nur auf ein paar Former gerechnet, und rechnen wir den Durchschnitt, so kommen noch keine 30 Pf. heraus. Nun aber zu den Holzarbeitern, die auch ihr Handwerk gelernt haben. Die bekommen pro Tag 2,25 Mk., das macht die Stunde 20 1/2 Pf., die Hilfsarbeiter 18 bis 20 1/2 Pf., gerade so wie in Nr. 39 angegeben war. Also was ist da aus der Luft gegriffen? Unser

Gewerkverein ist so stark in der Fabrik vertreten gewesen, daß dies längst hätte geändert werden müssen, denn der Metallarbeiter-Verband war noch nicht vertreten, also lag die Schuld doch am Gewerkverein. Aber wenn der Meister und sein Sohn und Hempel Mitglied sind, dann ist es ja kein Wunder. Also, die lieber doch heraus aus dem Gewerkverein, die gehören nicht hinein, und auch wir werden, wenn sich das nicht ändert, dem Gewerkverein den Rücken kehren, denn für uns wird doch nichts getan. Nun zu den Strafgebelde. Da heißt es, sie werden gebraucht für Unterstüßungen. Ist nun jemand in Unglück geraten, so haben wir stets in der Fabrik gesammelt. Es heißt noch, es wird nach Bedarf bewilligt. Wer bewilligt es denn? Und fällt denn der Bedarf aus? Wir wissen von nichts, uns wird bloß das Geld abgenommen. Selbst den Lehrlingen, die pro Tag 75 Pf. erhalten, wird 1 Mk. Strafe abgezogen, obwohl sie meist Kinder ganz armer Eltern sind. Ist das nicht himmelschreiend, und das nennt man noch „Wohltaten“? Wo bleibt da unser angebliches Prinzip zur Verbesserung unserer Lage? Weiter heißt es, die Fabrik hat zwei Ausgänge, die direkt nach dem Hofe führen. Stimmt! Zu dem einen Ausgang ist nicht herauszukommen, es liegt alles voll, der andere Ausgang der ist es ja, wo der Fahrstuhl hochgeht, wo keiner des Lebens sicher ist. Die schöne Ventilation ist nicht erwünscht, weil eben keine da ist. Das Trinktwasser ist untersucht und tadellos. So! Daß der Meister Bier halten muß, das tut er ja nur aus Humanität für seine Arbeiter. Er verdient ja auch nichts dabei, nur der Verleger. Wer lacht da? Nörgler sind nicht entlassen, heißt es. Öffentlich ist gesagt worden, die werden alle hinausgeschafft. Sollen das auch wieder Lügen sein? Das ist die Wahrheit! Zwei sind wegen Trunkenheit entlassen. Wie man doch wieder einen Ausweg sucht! Aber nun das schönste: Von der Bodenversammlung hätte keiner etwas gewußt. Ja, nur die drei an der Spitze nicht, aber es ist ihnen doch hinterbracht worden. Nun muß es aber auch der „Zufall“ so treffen, daß beide Versammlungen zu gleicher Zeit stattfinden. Wie sich doch das gerade so trifft! Ja, so ist es mit der Wahrheitstheorie unseres Vorstandes!

Nun mag der Regulator es einmal versuchen, sich rein zu waschen — er ist gerichtet, und mit ihm ist die ganze Tätigkeit des Gewerkvereins gerichtet. Anstatt der Wahrheit die Ehre zu geben, anstatt die Mißstände anzuerkennen und durch den Ortsverein auf Besserung hinzuwirken, werden unsere absolut beweiskräftigen Angaben als unwahr hingestellt und somit das Streben auf Verbesserung hintangehalten. Und wozu das alles? Weil die Herren Meister Morell sen. und jun. sich in ihrer Stellung als Meister solchen Bestrebungen entgegenstellen müssen, sie stehen im Dienste des Kapitalismus. Somit steht der Gewerkverein den Verbesserungen so lange hindernd im Wege, wie die Herren Morell in seinen Mitgliederlisten geführt werden. Die Gewerkvereinsmitglieder werden wohl ihre Konsequenzen daraus ziehen, das beweist uns der Brief aus den Kreisen des Gewerkvereins selbst!

So also, das wiederholen wir, sieht die Mitarbeit der Gewerkvereiner an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus!

**Hirsch-Dunckersche Prozesshanslei.**

Augsburg. Die Korpphären der gemertvereinigten Arbeiterorganisationen an der Arbeit. Am 12. September fand eine Beleidigungsklage, angekreuzt gegen den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollegen Bernthaler, und unseren Bezirksleiter Enßner in Nürnberg, vor dem Schöffengericht zu Augsburg zur Verhandlung. Wenn wir erst heute auf diese für die gewerkvereinigten Herrschaften geradezu jämmerlich abgelassene Verhandlung zurückkommen, so geschieht es, weil der „Oberste“ dieser Deutschen gleich nach dem freisprechenden Urteil gegenüber Bernthaler erklärte, daß sie jedenfalls Berufung einlegen werden, und außerdem auch in ihrer Macht stand, daß sie, nachdem der Urteilstenor vorliege, noch näher darauf eingehen werden. Aber weit gefehlt, nichts von alledem. Die Hirsche wissen auch warum. Sie schreien nicht mehr, weil der Effekt der ganzen Sache, den sie eigentlich beabsichtigt hatten, vollständig verloren ging. Dieser Effekt hätte sein sollen: Der Zahlstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und insbesondere dem verhassten Geschäftsführer Bernthaler „eins“ auszuweisen, damit man auch wieder Agitationsstoff hätte, an dem es diesen Korpphären jederzeit so sehr mangelt. Das Gegenteil trat also ein und der „brave Generalrat“ darf nun auch noch das so schlecht hereinzubringende Geld für die unerquidliche Sache des bösen Bernthaler verwenden. Die Augsburger Hirsche sind also wieder einmal ordentlich geprellt.

Der Unlaß zur Klage war folgender: Am 8. Mai sprach in Augsburg der fassig bekannte Gleichauf-Berlin in öffentlicher Metallarbeiterversammlung. Seine „Rebe“ war nichts weiter als ödes Geschwätz und Geschimpf auf den Metallarbeiter-Verband. Bernthaler führte diese Leute in der darauf folgenden Diskussion dann auch gehörig ab und erklärte, daß dieser Mann zum Schimpfen über andere Organisationen an letzter Stelle das Recht hätte. Darob große Entrüstung bei den Augsburger Hirschen, sie fielen über Bernthaler her und beschäftigten sich absolut nicht mehr mit der Tagesordnung. Nun kam die Bilanznummer. Der sehr bekannte Hartner, der nun glücklich auch Hirsch geworden ist, mußte ebenfalls Viech schmeiden und schimpfte natürlich auch über unsere Organisation. Bei dieser Gelegenheit geriet nun Enßner leider in Erregung und warf dem Hartner einen beleidigenden Ausdruck und sonst noch etwas vor. Bernthaler wies dann später unter Bezugnahme auf Hartner die verschiedenen Anwürfe zurück. Dieserhalb waren nun beide, Bernthaler und Enßner, angeklagt worden. Welche Rolle Hartner feinerzeit in unserer Organisation spielte, darüber gibt ja das Protokoll der Magdeburger Generalversammlung Aufschluß. Schon beim Sübneterrin wurde Hartner von dem betreffenden Beamten und von Bernthaler darnach gefragt, was er denn eigentlich für eine Klage gegen Bernthaler habe. (Die Sache Enßner ist für sich und dem Betreffenden selbst überlassen.) Hartner wußte es selbst nicht, er meinte nur, Bernthaler müsse bestraft werden. Der lächerliche Rechtsanwalt ließ nun zuerst drei Zeugen laden. Nachdem er vielleicht einsah, daß diese auch nichts wissen, nochmals zwei, und dann später, weil's immer noch nicht langem wollte und weil's gleich ist, nochmals zwei. Also sieben Beleidigungszeugen. Und was mußten diese? Gar nichts! Bernthaler dagegen ließ nur zwei Zeugen laden, ihre Aussagen waren präzis und rein. Das schönstgerichtliche Urteil sagt:

„Karl Bernthaler aus München, verheirateter Geschäftsführer in Augsburg, wird von der Anklage eines Vergehens der Beleidigung nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs freigesprochen. Der Privatkläger, Karl Hartner, hat die Kosten zu tragen sowie die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.“ In der Begründung wird gesagt: „Durch den Vorwurf, daß im Metallarbeiter-Verband Leute unläuteren Charakters zum Wort kommen, ist nach Ansicht des Gerichtes der Angeklagte persönlich als Leiter der Versammlungen und die Gesamtheit der Mitglieder in bezug auf die Ehre angegriffen. Zur Erwiderung war Angeklagter und auch als Geschäftsführer des Verbandes berechtigt und sogar verpflichtet.“ An anderer Stelle steht: „Die Sachdarstellung des Angeklagten wird von den dem gleichen Verband angehörenden Zeugen Burchbacher und Morgensländer in jedem Punkte eifrig bestätigt. Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen bestehen nicht.“ Später heißt es dann: „Bestimmte und präzise Angaben hat von den lächerlichen Zeugen überhaupt nur Borchbacher gemacht und erscheint es wahrscheinlich, daß Sanner und Schuler dem Angeklagten doch nicht die Aufmerksamkeit geschenkt haben, als wenn er ihrem Verlein angehört hätte und sich die Erinnerung bezüglich der beiden ziemlich ähnlichen Vorfälle etwas vernünftigt hätte.“

Also sieben Zeugen vorgeladen und nur einer konnte etwas präzis eidlich aussagen und dies zugunsten Bernthalers. Das



noch wurde aber Klage angehängt und mit dem Gelde der gemerkvereintlichen Mitglieder frivoles Spiel getrieben. Diese Mitglieder sehen jetzt, welche Helden sie als ihre angeblichen Führer haben; sie sehen weiter, was für Inspiratoren diese Herren sind. Der Inspirator aus dem Reiche der Totengräber schrieb dann sehr verlegen in der Wacht: „Die Gutmütigkeit und Ungehörigkeit Hartnack sei an diesem Urteil schuld.“ Wir aber sind der Meinung, daß die Inspiratoren eine gewaltige Niederlage erlitten haben und daß das „Auswischen“ für sie zum Verhängnis wurde. Werden sie wohl nochmals einen solchen Prozeß heraufbeschwören?

Für unsere Mitglieder aber ergibt sich immer wieder die Lehre, sehr vorsichtig bei jeder Berührung mit solchen Leuten zu sein, denn nirgends wird die Wille schneller zum Dromedar als gerade im Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. Solche Korruptoren wollen dann Arbeitervertreter sein und Anspruch auf Achtung haben. Auch neuerdings werden von ihnen ganz zweifelhafte Ausfälle versucht, auf deren Hinterlist wir entsprechend aufmerksam machen. Die Leute meinen es durchaus nicht ernst.

Den Augsburger Metallarbeitern aber sei hier zugerufen: Sine in eure allein richtige Interessensvertretung, den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

**Nürnberg.** Die Hirsch-Dunderfische Gastspielreise, die im vergangenen Frühjahr von den beiden Agitatoren Goldschmidt und Gleichauf in Bayern veranstaltet wurde, hat in Nürnberg einige Nachspiele gehabt. Den beiden Herren war es auf dieser Reise hauptsächlich darum zu tun, den Metallarbeiter-Verband moralisch zu vernichten und die Gewerksvereine als das Muster einer gewerkschaftlichen Organisation hinzustellen. Wie immer, griffen sie auch hier zu dem altbeliebten Mittel der Verdrehung und Verächtlichmachung. Dem Metallarbeiter-Verband wurde nachgesagt, daß er auf die braven unschuldigen Hirsche einen unerhörten Terrorismus ausübe, daß man sie, und teilweise auch mit Erfolg, unter der Androhung, sie aus Stille und Brot zu bringen, zwingen wolle, in den Verband überzutreten u. s. w. Als besonders drastisches Beispiel wurde der Fall des Silberschlägers Fetz in Schwabach angeführt, der auf Verlangen des Metallarbeiter-Verbandes aus seiner Stelle bei dem Silberschlägermeister Löhrner habe entlassen werden müssen, weil er sich geweigert habe, dem Verband beizutreten. Dieser Fetz führte bekanntlich mit dem Gelde der Gewerksvereine einen Prozeß gegen die Verbandskollegen Högner und Müller, von denen Müller Mitglied des Tarifamtes der Schläger ist. Fetz verlangte von den Beklagten die Auszahlung einer wöchentlichen Rente so lange, bis er in Schwabach wieder eine Stelle als Silberschläger gefunden habe. Er wurde aber vom Landgericht Nürnberg mit seiner Klage abgewiesen, wodurch die von den Hirsch-Dunderfischen Agitatoren aufgestellten Behauptungen schlagend widerlegt sind.

Dieser Fall mußte, wie gesagt, in den Reden der beiden Herren als abschreckendes Beispiel herhalten. Bei ihren Versammlungen in Mittelfranken dienten ihnen als Trabant der Vorhänge der Ortsgruppe der Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine in Nürnberg, der Kuttler und freimüthige Gemeindebevollmächtigte David Käfer, der schon von jeher mit dem Märchen vom Terrorismus der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften haufieren gegangen ist und seine beiden Kumpane Goldschmidt und Gleichauf auch über den Fall Fetz nach seiner Art informiert hatte. Herrn Käfers ganze Organisationsfähigkeit, auf die er sich so viel zu gute tut, weil er sich ihr ohne persönliche Vorteile widmet, besteht darin, daß er vor seinen Hirschen über andere Organisationen lachzt, besonders über die modernen Gewerkschaften, er selbst aber ist sehr empfänglich, und wenn einmal in einer Versammlung von einem erregten Redner ein nicht ganz salonsfähiges Wort gegen ihn fällt, so läuft er flugs zum Kadi und fordert die strenge Bestrafung des Sünders. Auf diese Weise verschaffte ihm auch die Hundreihe des Diasturpaares Goldschmidt und Gleichauf Gelegenheit zu Beleidigungsklagen. In der Nürnberg-berger Versammlung am 2. Mai hatten, wie wir jetztzeitlich berichten, die eingeladenen und zahlreich erschienenen Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes Bureauwahl verlangt, weil man ganz richtig befürchtete, daß die beiden Herren bis nahe zum Eintritt der Polizeistunde über den Verband schimpfen würden, damit die Angegriffenen keine Gelegenheit mehr zur Widerlegung fänden. Die Bureauwahl wurde aber von den Hirschen nicht zugestanden, weil sie sahen, daß sie in verschwindender Minderzahl waren. Deshalb verließen die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes unter Protesten den Saal. Gegen 11 Uhr erschien der Geschäftsführer der Schlägersektion, Kollege Müller, mit noch einigen Kollegen; sie wollten nichts von den vorausgegangenen Vorgängen und blieben deshalb im Saal. Eben ließ Gleichauf sein Sprüchlein von Stapel und sprach dabei auch im Allgemeinen davon, daß der Metallarbeiter-Verband bestrebt sei, die im Gewerksverein organisierten Schläger aus ihren Stellungen auszusperrten. Müller, der in den Sitzungen des Tarifamtes stets für die Gleichberechtigung der Gewerksvereine eingetreten war, obwohl sie als Organisation immer in Veracht kommen, schloß wohl ganz richtig, daß Gleichauf seine falschen Informationen nur von Käfer haben könne, und rief zum Podium hinauf: „Herr Käfer, das ist eine Lüge!“ Zwei Tage später fand in Schwabach eine Versammlung statt, in der die gleichen Reden gehalten wurden. Auch hier war Müller anwesend, und er soll dabei abermals Käfer als Lügner und Verleumder hingestellt haben. Diese beiden Vorgänge gaben Käfer Grund zur Klage gegen Müller, die nach wiederholten Verhandlungen am Sonntag den 15. Oktober vor dem Schöffengericht Nürnberg zur Verhandlung kam. Dieser Verhandlung ging aber unmittelbar eine andere voraus, in der es sich ebenfalls um eine von Herrn Käfer angebrachte Beleidigungsklage handelte und in der der klageklügelnde Herr eine sehr gesunde Blamage davontrug. Er hatte nämlich einen Christlichen verlag. Am 17. April fand eine Versammlung der christlich organisierten flächtigen Arbeiter statt, in der Angriffe der Hirsche auf die Christlichen zurückgewiesen werden sollten und zu der deshalb die Hirsche eingeladen waren. Auch Herr Käfer erschien und ergriff nach den Referenten das Wort, um unter neuerlichen Angriffen auf die Christlichen den Gewerksverein als die alleinigmächtige Organisation zu feiern. Nachdem er ausgeredet hatte, packte er seine Siebentischen zusammen und wollte sich entfernen, ohne die Entgegennahme abzuwarten. Daraufhin wurde ihm von allen Seiten „Freiheit“, „Freiheit“ zugerufen. Von den zahlreichen Anwesenden suchte sich Herr Käfer, der Gemeindebevollmächtigte, einen armen Straßenschreiber aus, zu dem er also gewissermaßen in Verhältnis eines Arbeitgeber steht. Der arme Teufel wurde vor Gericht gestellt. Den vom Vorsitzenden angebotenen Vergleich wies Herr Käfer brüsk zurück, und so mußte in die Verhandlung eingetreten werden, die aber ein von Herrn Käfer nicht erwartetes Resultat brachte. Es wurde zwar festgestellt, daß der Beklagte am anderen Tage zu einem Hirschen gesagt hatte: „Er war auch ein Freigling, sonst wäre er nicht fortgegangen“, was Herr Käfer sofort wieder hingetragen wurde. Sonst konnte nichts nachgewiesen werden, selbst die Kronzeugen des Klagen verklagter nach Ablegung des Eides lässig. So wurde der Arbeiter freigesprochen und Herr Käfer muß die nicht unbedeutenden Kosten tragen.

In der sich anschließenden Verhandlung gegen Müller wies Käfer, der über die vorausgegangene Blamage noch sehr ärgerlich war, ebenfalls den vom Vorsitzenden angebotenen Vergleich schroff zurück. Müller gab die Beleidigung in der Nürnberg-berger Versammlung zu, während er die in der Schwabacher Versammlung bestritt. Er betraute, im Gewerksverein, dem Zentralorgan der Hirsche, sei vom Generalrat der Gewerksvereine eine Notiz erlassen, worin Herr Käfer dem Generalrat die Mitteilung gemacht habe, daß im Silberschlägergewerbe von den freien Gewerkschaften gegen die Mitglieder des Gewerksvereins Terrorismus ausgeübt werde. Da diese Behauptung nach Aussage Müllers nicht auf Wahrheit beruhe, erklärte er sich als Bevollmächtigter der Schläger verpflichtet, sie zurückzuweisen. Da einige Hirsch-Dunderfische Jungen in Schwabach „Komm die Worte Lügner“ und „Verleumder“ gerufen haben wollten, wurde Müller der Beleidigung schuldig befunden und zu 20 Mk. Geldstrafe, eventuell 20 Tagen Gefängnis, verurteilt.

### Zum Ausbau unseres Verbandes.

Seit Einführung der Unterstützungseinrichtungen in Deutschen Metallarbeiter-Verband sind diese auch stets von einzelnen Kollegen belämpft worden. Zeigte dieser Meinungsstreit einestheils ein erfreuliches Interesse der Mitglieder für das Gedeihen der Organisation, so darf doch nicht vergessen werden, daß der Verband nicht durch bloßes Betonen des „Nur-Kampf“-Standpunktes seine jetzige Größe und Bedeutung erlangt, sondern weil er sich den heutigen ökonomischen Verhältnissen anzupassen verstanden hat. Für jeden Kenner der Sachlage ist es klar, daß nicht eine Handvoll Idealisten in den Vordergrund zu bringen, sondern daß dies nur gelingt, wenn dem Staat organisierten Unternehmertum eine gleichfalls stark organisierte Arbeiterschaft gegenüber steht. Jeder Kollege sollte aus der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung gelernt haben, daß nicht allein die Kampfesfreudigkeit und der Kampfesmut den Sieg entscheidet, sondern recht oft nur reale Mittel. In Anbetracht der heutigen Verhältnisse muß es deshalb unsere vornehmste Aufgabe sein, den Verband zu stärken. Die Organisation soll für die Arbeiter ein Stück seiner Existenz sein,“ sagte unser Vorkämpfer August Geib. Ein wahres Wort. Die Entwicklung der Gewerkschaften, die dieses beherzigten, und auch die unseres Verbandes, gibt ihm recht. Es ist deshalb keine Frage mehr: Wollen wir die Hunderttausende von Metallarbeitern, die uns noch indifferent gegenüberstehen, organisieren, so müssen wir sie durch materielle Vorteile (Unterstützungseinrichtungen) zu gewinnen suchen. Man vergesse nicht, daß es jumeist die prekären Existenzverhältnisse sind, die die Kollegen vom Beitritt zur Organisation abhalten. Mit den alten Einwänden, die schon hundertfach durch Laifachen widerlegt worden sind: „Daß unsere Aufgaben dann Schiffbruch leiden oder der Verband auf das Niveau eines Unterstützungsvereins à la Hirsch-Dunderfischer Gewerksvereine herabsinke,“ kann man jetzt nicht mehr kommen. Die Tendenz unseres Verbandes zielt auf die Emanzipation der Arbeiter gegen die Ausbeutung, auf Erbringung ausreichender Löhne und vernünftiger Arbeitszeit. Die Vergangenheit und die Geschichte des Proletariats beweisen, daß sich diese Idee niemals unterdrücken läßt. Ueberdies zeigt ja auch die ganze politische Strömung der Arbeiterklasse, daß derartige Befürchtungen unzutreffend sind.

Gerade wir Schleier müssen ein Lied zu jenen, unter welsch erscheinenden Verhältnissen hier zu agieren ist. Ein fast allmächtiges Unternehmertum steht uns gegenüber. Offene brutale Gewalt und geheime Einfüsse verjähren in fast allen Industriekreisen, daß wir keine Vorteile zu Verfügung haben, und wo es uns möglich war, einmal zu einer kleinen Schaar zu sprechen, waren die Erfolge dank der Sitte und Volkshaltung (namentlich in Oberschlesien) minimal. Das dürfte auch auf andere Provinzen unseres vielgeübten Vaterlandes zutreffen. Wie anders könnte es aber sein, wenn die letzte Generalversammlung den Antrag des Vorstandes auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung angenommen hätte. Fast in allen Betrieben gibt es eine Anzahl älterer Kollegen, die seit Jahrzehnten dort beschäftigt sind und infolgedessen meinen, nie arbeitslos zu werden. Viele davon sympathisieren mit uns, sind aber für unseren Verband trotzdem nicht zu haben. Für diese Kollegen wäre aber die Einführung der Erwerbslosenunterstützung oder Zahlung eines Krankengeldes geeignet, ein Mittel, sie zu gewinnen. Welch mächtiger Faktor für die Agitation in Schlesien — und ich glaube überall — die Erwerbslosenunterstützung wäre, ist ohne weiteres ersichtlich. Denn die Möglichkeit, einmal krank zu werden, ist doch eine ungleich höhere als arbeitslos zu werden.

Das heute fast alle neuen Mitglieder nur wegen der materiellen Leistungen eintreten, ist doch klar. Erst später werden sie durch unsere Presse, durch die Mitgliederversammlungen belehrt, auch durch den Umgang mit gleichgesinnten Genossen eifrige und zielbewusste Verbandsmitglieder. Die bedauerlicherweise noch starke Fluktuation in der Mitgliedschaft, die Tag für Tag große Opfer an Geld und Arbeitskraft absorbiert, wäre dadurch in wirksamer Art zu hemmen. Die Erwerbslosenunterstützung wäre somit ein wichtiges Bindemittel der Organisation. Mehr wie je gilt heute der Grundsatz: „Mit Solidarismus allein können die Massen nicht gefestigt werden.“

Um den Kampfescharakter unserer Organisation hochzuhalten und zu festigen, müßten konsequenterweise auch noch andere Unterstützungsmittel einer Verbesserung unterzogen werden. Dazu gehört vor allen Dingen die Streikunterstützung. Die Streikunterstützung auf 15 Mk. pro Woche auch für ledige Kollegen zu erhöhen, wenn sie nachweislich familienangehörige zu unterstützen haben, wäre ein Akt der Gerechtigkeit. Diese minimale Erhöhung würde auch für die Unternehmer erzieherisch wirken und ihnen am besten die Antwort für die Ausperrungen, schwarzen Listen, Maßregelungen u. s. w. der letzten Jahre geben. Der Wegfall der sogenannten Unterstützung in außerordentlichen Fällen nach § 20 wäre geradezu ein Segen für den Verband. Eine Reihe von Placateen und Urgerufen, auch von Ungerechtigkeiten, wäre damit aus der Welt geschafft. Bisher waren alle Verwaltungen stellen, die mehr als 3000 Mitglieder haben und in diesem Maße Selbstbestimmungsrecht besitzen, im Vorteil. Die Verbandsmitglieder waren und sind eben keine Papiere; deshalb konnte es manchmal vorkommen, daß der bedürftige Kollege, der seinen Antrag nicht gut begründen, ihn abgelehnt erhielt, während andere Anträge aber genehmigt wurden. Bei Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist auch dieser Uebelstand leicht zu beseitigen.

Um dem schlecht entlohnten Metallarbeiter die Möglichkeit zu geben, sich zu organisieren, wäre meines Erachtens bei Einführung neuer Unterstützungsmittel und der damit verknüpften Beitragserhöhung eine Staffelung der Beiträge nach der Höhe des Wochenverdienstes, allerdings nur in zwei Stufen, diskutabel. Damit wäre der Organisation eine mächtige Waffe gegeben, die Masse materiell zu festigen, die Agitation wirkungsvoll zu beleben und alle Schädlinge der Arbeiterbewegung zu bekämpfen.

Darum mögen alle Kollegen, die ein wahrhaftes Interesse an der Fortentwicklung der Arbeiterbewegung haben, diese meine Vorschläge einer energischen Würdigung unterziehen. Denn nicht durch rabulöse Resolutionen oder begeisterte Reden kann die Macht des Kapitals gebrochen werden, sondern nur durch die Macht und die Stärke des organisierten Proletariats.

Breslau. F. Schneidewind.

### Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.

In der Versammlung der Ausständigen am 20. Oktober berichtete Kollege Sieffenthal, daß die Situation seinerlei Veränderung aufweise und wohl auch während der nächsten Wochen wesentliche Veränderungen nicht eintreten werden. Der Kampf müsse eben ausgeharrt werden. Wenn die Rühnmänner der Meinung seien, daß die Arbeiter zu um Mitte November heraus wieder zu streike kriehen müßten, so könne er nur versichern, daß die Streikleitung auch ausgangs November noch keinen Schritt zur Beilegung des Streiks tun werde, wenn sich die Fabrikanten nicht zu einer Verständigung bereit erklären. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes müßte dem Hauptvorstand seinen sich vollständig einig darüber, daß an ein Abbrechen des Kampfes diesmal unter keinen Umständen zu denken ist. Man habe sich vor vorzuerst auf eine längere Dauer des Streiks respektive der Ausperrung gefaßt gemacht; hätten sich die Arbeiter der Gelbmetallindustrie nicht auf Monate hinaus genügend gerümpelt gefühlt, so wäre der Kampf erst gar nicht begonnen worden. Alle Hoffnungen der Fabrikanten auf eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit seien infolgedessen nicht und auf. Als ein kleiner Beweis dafür, wie die Arbeiter über die voranschreitende Dauer des Streiks denken, könne ein der Ortsverwaltung unterbreiteter Antrag gelten, der besagte, vom 15. November ab Extraranten für die Metallarbeiter von Berlin und Umgebung im Werte von 1, 2 und 3 Mk. herauszugeben, deren Betrag als Weihnachtsgeschenk unter die Streikenden und Ausgeperrten verteilt werden soll. Richtig wird es noch gute Teile mit der Beendigung des Streiks haben, wenn die Fabrikanten nicht rechtzeitig einleiten.

Daß den Fabrikanten der Streik arge Belästigungen verursacht, beweist ihr heißes Bemühen, Arbeitskräfte anzuwerben. Täglich werden die Streikenden mit Briefen und Postkarten lebenswichtigen Inhaltes bestückt, doch die Arbeit wieder aufzunehmen. Ja, da die Herren den Arbeitern nicht gerade direkt zumuten wollen, Streikbrecher zu spielen, so laden sie dieselben zu Unterredungen in Restaurants u. s. w. ein, um sie unter den schönsten Versprechungen vielleicht auf „Umwegen“ zum Arbeitsantritt zu bewegen, wie aus Karten folgenden und ähnlichen Inhaltes hervorgeht:

An Herrn . . . . .  
Gülte gebeten, heute abend 7 Uhr bei (Name des Restaurants) mich zu erwarten, indem ( ) ich Ihnen etwas zu sagen habe.  
(Unterschrift des Firmeninhabers.)

Natürlich warten die Herren stets vergeblich, da die Arbeiter alle derartigen Einladungen einfach der Streikleitung übergeben und sich um die jetzt so auffallend lebenswichtigen Herren Arbeitgeber weiter gar nicht bekümmern. Andere Fabrikanten wieder suchen Arbeitswillige per Annoncen in der Presse, indem sie höhere Löhne (80 und 70 Pf. die Stunde) ausschreiben, als die Streikenden überhaupt gefordert haben. Besonders bemerkbar hat sich nach Mitteilungen des Referenten die Firma Detke & Co. in der Grimmstraße durch folgenden Streich gemacht. Die Firma schickte einen Vertreter nach Breslau, um von dort 80 Gürtler und 10 Formner als Arbeitswillige zu holen; er bekam jedoch nur — zwei Mann, einen Gürtler und einen Formner, mit nach Berlin. Als die beiden hier von den Streikposten über den Stand der Dinge unterrichtet waren, verließen sie am nächsten Tage wieder die Arbeit. Doch nun wandte die Firma ein „agrarisches“ Mittel an, um sich wenigstens den einen Gürtler zu erhalten. Der Mann war nämlich im Besitz eines Koffers, und denselben beschlagnahmte die Firma und erklärte, ihn nicht eher wieder herauszugeben, als bis der Gürtler die Kosten der Fahrt von Breslau bis Berlin zurückbezahlt habe. Das Gewerbegericht dürfte die Firma bald darüber belehren, daß es in Berlin denn doch noch nicht wie in Schlesien heißt: „Na, das machen wir hier so.“ — Mitgeteilt wurde ferner, daß, da wieder eine Anzahl der Ausgeperrten in tarifstreuen Firmen Arbeit genommen, die circa 60 Gürtler, Drücker und Dreher der Firma Schwitzer & Gräff beschloßen haben, am Montag sämtlich die Arbeit niederzulegen. Damit wird wieder einer Firma mehr die Produktion gänzlich unterbunden.

Während der letzten Tage haben nun die Rühnmänner und deren Beauftragte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um von auswärtigen Arbeitswilligen nach Berlin zu locken. Wenn sich bisher auch nur einige wenige der Angeworbenen zu Streikbrecherdiensten hergegeben haben, so hat es die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes doch für zweckmäßig erachtet, allen Filialen Deutschlands folgendes Ersuchen zu unterbreiten:

Die Berliner Gürtler, Drücker, Schleifer, Schlosser u. s. w. befinden sich im Streik, beziehungsweise sind ausgeperrt. Die Rühnmänner suchen seit einigen Tagen in ganz Deutschland nach Streikbrechern.

Wir ersuchen in sämtlichen Zeitungen, wo Streikbrecher für die Berliner Metallindustrie gesucht werden, Gegenannoncen zu veranlassen.

Auch darf jetzt kein Metallarbeiter nach Berlin reisen. Die Kollegen gehen damit der Gelegenheit, Streikbrecher zu werden, aus dem Wege.

Wir ersuchen, in sämtlichen Arbeiterblättern auf den heftigen in Berlin tobenden Kampf zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Rühnmännern hinzuweisen und Zuzug nach Berlin freizugehen zu lassen.

Beim Kampf gegen die Lohndiebe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Berliner Rühnmänner, rechnen wir auf die moralische Unterstützung der ganzen deutschen Metallarbeiter.

Mit kollegiem Gruß  
Die Ortsverwaltung Berlin.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 30. Oktober der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November 1904 fällig ist.

### Einsichtlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder an Orte, auch die, welche noch nicht unterzugsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 3a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:  
Der Schlosser Paul Fleischer, geb. am 7. Oktober 1880 zu Graubenz, Buch-Nr. 827 190;  
Der Schlosser Georg Metz, geb. am 10. November 1875 zu Frankfurt, Buch-Nr. 653 015;  
Der Schlosser Curt Scholz, geb. am 7. Oktober 1878 zu Guben, Buch-Nr. 572 222;  
Der Schlosser Otto Schreiber, geb. am 1. Juli 1877 zu Friedrichsberg, Buch-Nr. 368 595, sämtliche wegen unkollegialen Verhaltens.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover-Linden:  
Der Monteur Albert Bloch, geb. am 9. Februar 1879 zu Hannover, Buch-Nr. 617 749;  
Der Monteur Karl Burchardt, geb. am 7. Januar 1873 zu Mannheim, Buch-Nr. 658 178;  
Der Monteur Karl Ernst, geb. am 21. Dezember 1878 zu Kerzen, Buch-Nr. 688 105;  
Der Monteur Arnold Feldmann, geb. am 12. Dezbr. 1855 zu Anderten, Buch-Nr. 617 855;  
Der Monteur Emil Föhne, geb. am 3. Februar 1872 zu Reinhardtsgrimma, Buch-Nr. 706 040;  
Der Monteur Ferdinand Hoffmann, geb. am 13. Okt. 1872 zu Nordhausen, Buch-Nr. 729 174;  
Der Monteur Heinrich Kichme, geb. am 18. März 1866 zu Hannover, Buch-Nr. 688 724;  
Der Monteur Friedrich Kühle, geb. am 21. Januar 1875 zu Hastorf, Buch-Nr. 706 146;  
Der Monteur Wilhelm Krüger, geb. am 10. Juni 1880 zu Jernhagen, Buch-Nr. 638 192;  
Der Monteur Albert Meyer, geb. am 13. April 1879 zu Hannover, Buch-Nr. 706 000;  
Der Monteur August Müller, geb. am 5. März 1877 zu Hannover, Buch-Nr. 658 134;  
Der Monteur Karl Sander, geb. am 29. März 1869 zu Bestingen, Buch-Nr. 657 873;  
Der Monteur Karl Wiemann, geb. am 18. Januar 1860 zu Bodenwerder, Buch-Nr. 658 088, sämtliche wegen Streikbruch.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an



dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Der Schlosser-Ludwig Gangs, geb. am 22. Dezember 1876 zu Karlsruhe, Buch-Nr. 605344, auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gaggenau, Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Der in Nr. 41 für die Verwaltungsstelle in Lübeck ausgeschriebene Extrabeitrag beträgt wöchentlich 10 Pf., nicht 5 Pf., wie irrtümlich bekannt gemacht wurde.

Wir erinnern die Ortsverwaltungen daran, daß eine Abkürzung der Abrechnung (nur Vorderseite) vierteljährlich auch an den Bezirksleiter einzusenden ist und ersuchen, diesem pünktlichst nachzukommen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Hauschlossern nach Leipzig D.; von Dreiarbeitern nach Reutlingen (Wagner, Inhaber Kurz) St.; von Drechern, Formern und Schlossern nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; von Feilenbauern nach Ulm i. d. Schweiz; nach Zürich (Witwe Hugger) St.; von Feinmechanikern, Werkzeugschlossern und Schloßern nach Wandsbek (Dr. Lütke & Knödt) St.; von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Basel (Maschinenbaugesellschaft); nach Breslau (Kenna) M.; nach Dassel (Eisenhütte M. Schünemann) u. u. D.; nach Dortmund (Subramann) M.; nach Gasse (F. Wittmanns Nachf.) M. u. u. M.; nach Mägdesprung (Eisen- und Kunstgießerei) u. u. D.; nach Solingen (Wooz, Inhaber Stöder); nach Solingen-Wald u.; nach Langerhütte (Eisenhütten- und Emaillewerk Franz Wagenführ) M. u. D.; nach Herdingen (Wittner) D.; von Glühlampen, Drückern, Schloßern, Heigern, Drechern und Metallformern nach Berlin; nach Erfurt u.; von Klempnern und Installateuren nach Bremerhaven M.; von Maschinenbauern, Drechern, Schlossern u. nach Paris, wegen großer Arbeitslosigkeit; von Metallarbeitern aller Branchen nach Dassel (Eisenhütte M. Schünemann) u. u. D.; nach Dessau (Waggonfabrik) M.; nach Frankfurt a. M. (Kleber) M.; nach Hülten a. d. Ruhr (Zillmann); nach Kanastatt (Metallwarenfabrik Weissenburger & Co., Landeck & Gumpmann, Knecht & Co., Fr. Haaga) u. St.; nach Mägdesprung (Eisen- und Kunstgießerei) u. u. D.; nach Mühlhausen i. Th. (Waller & Co.) M.; nach Müßelsheim (Fahrerfabrik) M.; nach Langerhütte (Eisenhütten- und Emaillewerk Franz Wagenführ) M. u. D.; von Metallarbeitern nach Birkdorf (ausgenommen Firma Kernsch); von Metallgießern nach Oberwalde (Lunth) St.; von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.; von Schloßern nach Durlach (Griener) u.; nach Karlsruhe u.; von Schlossern nach Arbon i. d. Schweiz (Almann);

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; u.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; M.: Mißstände; N.: Lohn- oder Urford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verantwortungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Formen.

Breslau. Streit der Formen bei Kenna. Wie den Kollegen allerorts durch die Arbeiterpresse bekannt sein dürfte, haben die Kollegen der Eisengießerei und Maschinenfabrik J. Kenna wegen fortgesetzter Abzüge die Arbeit niedergelegt. Vorausgeschickt muß werden, daß am 1. September ein neuer Meister, mit Namen Wöhrlich aus Wismar, engagiert wurde. Der bisherige, der 17 Jahre seinem Posten vorstand, wurde entlassen, was ihn jedoch nicht abhielt, nachdem die Formen die Arbeit niedergelegt hatten, auf Verlangen des Herrn Kenna als Former, oder besser gesagt als „Arbeitswilliger“, wieder anzufangen. Der Name des Herrn ist Stumpe. Bei dem neuen Meister Wöhrlich triffst das alte Sprichwort zu: Neue Besen kehren gut. Als er seinen Posten antrat, bot er den Kollegen Abzüge an mit der Motivierung, daß die Preise viel zu gut seien, in andern Betrieben werde für die Arbeiten nicht so viel bezahlt. Die „gut“ die Preise sind, dürfte am besten daraus hervorgehen, daß die Formen vor den Abzügen im Durchschnitt 23,70 Mk. verdient haben. Sogar Verdienste von 15 Mk. und darunter waren zu verzeichnen. Welche Abzüge erfolgten, möge an einigen Beispielen gezeigt werden. Es gab zum Beispiel für Mundstücke früher 8 Mk., jetzt 2,50 Mk. pro Stück; für Schieber früher 1 Mk., jetzt 70 Pf. pro Stück; für Kolbenringe früher 4 Mk., jetzt 3 Mk. pro 100 Kilo; für Nockenringen früher 8 Mk., jetzt 5 Mk. pro 100 Kilo; für Gewichte und Schwungräder früher 3 Mk., jetzt 1,50 Mk. pro 100 Kilo; für Ventilhauben früher 4 Mk., jetzt 2,50 Mk. pro 100 Kilo. Daraus ist zu ersehen, welchen Verdienst die Formen gegen früher gehabt hätten, wenn sie zu den neu „regulierten“ Preisen — wie es Kenna nennt — gearbeitet hätten. Bevor die Kollegen jedoch die Arbeit niederklegten, verhandelten sie mehrmals mit Kenna, ohne den Erfolg zu haben, daß die Abzüge zurückgenommen wurden. Es blieb somit nichts anderes übrig als zu dem äußersten Mittel, der Arbeitsniederlegung zu greifen. Herr Kenna sucht es allerdings in einer sogenannten „Berichtigung“ an die hiesige Arbeiterbewegung so darzustellen, als ob die Arbeitsniederlegung nur deshalb erfolgt sei, weil ein Former, der auf Grund der Abzüge mit dem Meister in Differenzen geriet, entlassen wurde. Das geht auch aus der schwarzen Liste hervor, die in Nr. 43 dieses Blattes erwähnt ist. Im Übrigen verweisen wir auf die an die schwarze Liste geknüpften Bemerkungen in voriger Nummer. Herr Kenna versucht mit allen Mitteln Formen zu erhalten, bis jetzt jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Dabei spielen sich die heikelsten Sachen ab. So kamen zwei Kollegen aus Hamburg und einer aus Magdeburg, denen vorgelungen worden war, sie sollten in einer neu errichteten Gießerei anfangen. Erst unterwegs erfuhren sie, daß sie Arbeitswilligen Dienste verrichten sollten. In einer Drohrede wurden sie in den Fabrikhof hineingeführt, damit sie ja nicht mit den Streikposten stehenden Kollegen in Berührung kämen. Die Kollegen dachten jedoch gar nicht daran, „Arbeitswillige“ zu spielen und verständigten sich durch Zeilen mit den Streikposten — anders war es nicht möglich, da sie behütet wurden wie die Augäpfel. Am Abend mußte der Hofverwalter Sztrada, ein ehemaliger Gefangenenaufsicht, der sich ebenfalls auf den Transport von Gefangenen gut versteht, zwei

der Kollegen — einer verschwand nämlich sofort wieder — in Breslau heruntzuführen. Die Kosten trug Herr Kenna. Als sie sich Breslau angefahren hatten und nach ihrem Logis begeben wollten, sorgte der Herr Hofverwalter für eine — „Dane“ und alle drei nahmen sie auf Kosten des Herrn Kenna mit. Ingesamt hat dieses Vergnügen dem Herrn Kenna 25 Mk. gekostet. — Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts, das wir angerufen haben, lehnt er ab. Mit dem Vertreter der Organisation verhandelt er ebenfalls nicht; mit den verhassten Sozialdemokraten wollte er überhaupt nichts zu tun haben, die sagten nie die Wahrheit, so erklärte er den Kollegen gegenüber. Uns kann das ja nicht weiter aufregen, wir wünschen nur, daß Kenna und seine Gleichen immer bei der Wahrheit bleiben. Da alle Versuche scheiterten, ging eine Kommission der Streikenden am Sonnabend, den 15. Oktober, zu Herrn Kenna, um selbst mit ihm noch einmal zu verhandeln. Dabei gab er den Kollegen folgenden mit Schreibmaschine verfaßtes Schriftstück mit: „Ich erkläre Ihnen, daß ich bereit bin, einen Teil der von mir entlassenen Former wieder einzustellen und zwar entsprechend der Aufträge, die ich durch Erlangung der früheren Gutslandschaft erhalte. Es geht jedem einzelnen Former, den ich wieder einstelle, besonders Mitteilung zu. Sollten die von mir inzwischen anderweitig engagierten Former (nämlich die drei, die wieder abgedampft sind) aus irgend welchen Gründen von den früheren Former zu ihrem Austritt gebrängt oder deren Eintritt verhindert werden, so erkläre ich, sämtliche an dem Streik beteiligten Former zu entlassen und nie wieder einzustellen.“ Zu diesem Schriftstück nahmen die Kollegen Stellung in einer Besprechung und beschloßen, ihren Forderungen noch anzufügen: „Neue Former dürfen nicht eingestellt werden, solange noch von den Streikenden welche arbeitslos sind. Die alten Preise werden wieder bezahlt. (Bestenfalls hatte er mündlich zugesichert.) Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.“ Darauf ließ sich jedoch Herr Kenna nicht ein; er gab es den Kollegen noch schriftlich, daß er sein gegebenes Versprechen nicht halten wolle, indem er noch das folgende hinzusetzte: „Die Preise werden von mir von neuem reguliert und festgesetzt und binde ich mich weder an ein Versprechen noch an die früheren Preise. Breslau, den 17. Oktober 1904. Kenna.“ Unter diesen Umständen lehnten es die Kollegen natürlich ab, die Arbeit wieder aufzunehmen, der Kampf geht mithin weiter. Wenn der Zugang ferngehalten wird, nicht nur von Kenna, sondern von Breslau überhaupt, so muß Kenna wohl oder übel nachgeben. Die Kollegen allerorts werden außerdem ersucht, falls Modelle aus Breslau aufstehen sollten, auf folgende Modelzeichnungen zu achten: A.G., D.D., D.E., A.M., D.O., D.R., D.S., B.O., D.F., A.E., A.A., C.F., G., W., D.H., B.I. Wir ersuchen, sofort dem Bureau, Neue Oderstraße 13 a, hochparterre, Mitteilung zukommen zu lassen. Bei diesen Modellen haben wir es mit Kennzeichen Arbeit zu tun. Die Breslauer Former haben ebenfalls in einer Versammlung zu dem Streik Stellung genommen und beschloßen, daß, soweit kenna'sche Arbeit in Betracht kommt, sie zu fertigen verweigert wird. — Auch unsere liebevolle Polizei trägt ihr Möglichstes dazu bei, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes illusorisch zu machen. Das Postenstehen auf der Straße wird verboten, lassen sich die Kollegen trotzdem blicken, werden sie mit zur Wache genommen und es gibt dem Straßmandate. Ein Mitglied der Ortsverwaltung begab sich eines Morgens zu den Streikenden. Resultat: sofort mit zur Wache; dort wurde dem Kollegen erklärt, wenn er sich noch einmal sehen ließe, müßte er auf der Wache bleiben. Der Wirt des Streiklokals mußte nach dem Kommissariat zur Vernehmung kommen, wo ihm eröffnet wurde, daß, falls er auch fernherhin die Streikenden in seinem Lokal dulde, ein Schutzmannsposten vor der Tür seines Lokals aufgestellt würde. Da behauptete nach einer, die Polizei meine es nicht gut. Es weht eben russischer Wind! Sogar der Bahnhofsmeister legt sich für den Unternehmer ins Zeug, indem bereits ein Kollege, der außerhalb wohnt, erklärt wurde, wenn seine Wochentarte abgelaufen sei, werde er eine neue nicht mehr bekommen. Das alles kann natürlich die Kollegen nicht abhalten, das zu tun, was sie für richtig halten. Also nochmals: Breslau ist für Former und Gießereiarbeiter aufs strengste zu meiden!

Klempner.

Bremerhaven. Da die Klempnerinnung unseren Tarif nicht anerkannte, bleiben Klempner und Installateure im Auslande. Zugang von Klempnern und Installateuren nach hier, nach Tege und Geestmünde ist streng fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Stietfeld. In ruhiger Weise entwickelte sich im abgelaufenen Quartal die hiesige Verwaltungsstelle. Die Zahl der Mitglieder vermehrte sich von 3076 am Ende des zweiten Quartals auf 3220 am Schlusse des dritten Quartals. Im dritten Quartal wurden ausgenommen 400 Mitglieder, 5 traten von ausländischen Vereinen über, 155 reisten zu. Dem gegenüber gingen ab 338, davon durch Abreise, Eintritt zum Militär und Tod 251. Bedauerlicherweise waren wir gezwungen, eine große Anzahl wegen rückständigen Beiträgen auszuschließen. Der höheren Mitgliederzahl entsprechend waren auch die Einnahmen besser wie im vorigen Quartal. Verkauf wurden 32208 Beiträge im Betrag von 12853,20 Mk. Verhältnismäßig hoch waren die Ausgaben für Unterprüfungen: So wurden verausgabt für 1109 Tage Viehheld 1108 Mk., für 1178 Tage Preisunterprüfung 1011,92 Mk., für Streifenunterprüfung 342,68 Mk., Unterprüfung nach § 2c 320 Mk., Rechtschutz 93,75 Mk., Gemeinvergleichenunterprüfung 704,72 Mk. und Unganzunterprüfung 180 Mk. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalfasse bilanzieren mit 7079,92 Mk. Die Sterbekasse hatte eine Einnahme von 786,60 Mk., eine Ausgabe von 305 Mk. Über Mangel an Differenzen im verflissenen Vierteljahr können wir uns gerade nicht beklagen, doch würde es zu viel Raum beanspruchen, sie alle anzuführen. In einer größeren Anzahl von Fabriken wollte man die laue Geschäftskonjunktur, die sogenannte rote Saison in der Fabrik- und Nähmaschinenbranche, dazu benutzen, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Doch vergebens, das einmütige geschlossene Zusammenhalten der Kollegen verhinderte dies, ja, in verschiedenen Fällen gelang es den Kollegen, noch erhebliche Vorteile zu erringen. Vielfach genügte schon die in den Bezirksbesprechungen geübte Kritik der Verbandsvertreter, um die Fabrikanten zur Abstellung von Mißständen zu veranlassen. Gleich am Beginn des Quartals eröffnete die Firma Lohmann den Reigen. Durch Ausschlag machte sie bekannt, daß sie wegen Betriebsstörung (Auswechslung des Motors) gezwungen sei, die meisten Leute zu entlassen. Wer nach drei Wochen anderweitig noch keine Arbeit gefunden habe, konnte sich dann melden, und wer gebraucht werden könnte, der würde wieder eingestellt. Eine feine Spekulation, um die „Pecher“ aus dem Betrieb heraus zu bekommen. Auf diese Art sollten circa 50 Personen von 250 dort beschäftigten nicht wieder eingestellt werden. Durch sofortiges Eingreifen der Verbandsleitung, durch den Beschluß: „In den einzelnen Abteilungen, wo Kollegen feiern müssen, sind die arbeitenden Kollegen verpflichtet, sofort die Arbeit niederzuliegen“, gelang es, mit der Firma zu verhandeln. Das Resultat war, daß mit Ausnahme von drei Kollegen, auf deren Einstellung die Organisation aus taktischen Gründen nicht bestehen konnte, sämtliche Kollegen wieder eingestellt wurden. Ein Erfolg, mit dem wir sehr wohl zufrieden sein können. In der Blechwarenfabrik zu Kottenfelde wurden zwei Kollegen wegen Verweigerung von Überzeitsarbeit gemahnt. Kollege Wallbrecht-Düffeldorf, der verhandeln wollte, wurde abgewiesen. Da gelang es der Verbandsleitung durch Verhandeln, nicht nur die WiederEinstellung der beiden entlassenen Kollegen, sondern auch einen Ausschlag von 10 Prozent für Überstunden zu erzielen. Zur Arbeitsniederlegung kam es nur in einem Falle, in der Stanzerei von Gröcke, wegen Entlassung eines Kollegen und Urfordreduktionen. Beteiligt waren 11 Personen. Nach achtstägiger Dauer des Streiks kam eine Einigung zustande, der entlassene Kollege wurde wieder eingestellt, die Urfordpreise werden so reguliert, daß sämtliche Arbeiter einen möglichst gleichmäßigen Verdienst erzielen, die Festsetzung der Preise wird durch den betreffenden Meister, einem Sachverständigen und das Mitglied des Arbeiterausschusses der betreffenden Abteilung vorgenommen.

Daß dieses Ergebnis für beide Teile befriedigend ist, ergibt sich daraus, daß seit dieser Zeit noch keine Klage eingelaufen ist. Doch genug davon, es sind dies nur einzelne Fälle, die wir hier aufzählen, doch sind über ein Duzend ähnliche sämtlich zur Zufriedenheit erledigt worden. Zum Schlusse noch eins. In manchen Betrieben glaubte man, die Organisation vernichten zu können, indem man einzelne Kollegen, die im Interesse des Verbandes tätig waren, maßregelte. Vergebens! Jede Maßregelung brachte uns bisher Duzende von Neuaufnahmen in den betreffenden Betrieben. Wohl oder übel mußten sich die Fabrikanten mit der Tatsache abfinden, daß die Organisation nicht auszuwachen ist, immer mehr ringt sich die Erkenntnis durch, den Verband als beruflichen Vertreter der Kollegen anzuerkennen. Und damit es auch für die Zukunft so bleibt, dazu helfe jeder Kollege durch unermüdete Agitation für den Verband. Jos. Kallner.

Freiberg i. S. Ein hiesiger Kollege war arbeitslos und reichte auf Arbeitsangebote in Zeitungen einige Bewerbungsschreiben ein. Er erhielt drei Zuschriften, darunter eine aus Chemnitz folgenden Inhaltes: „Chemnitz, Annabergerstraße 26, den 12. Oktober 1904. Herr W. S. Freiberg (Sa.). Ihr Bewerbungsschreiben habe ich erhalten, doch muß ich Ihnen vorerst mitteilen, daß die fragliche Metalldreherstelle nicht in meinem Hause, sondern bei der Firma J. Gaebert, Berlin C, Sophienstr. 22, zu besetzen ist und bitte ich Sie, sich mit gemunter Umgehung in Verbindung zu setzen. Zur Bedingung macht sich vorgenannte Firma, daß Sie nicht dem Metallarbeiter-Verband angehören. Hochachtung E. J. Barthel. J. W. Neubauer.“ Natürlich ist den Käufern der Schmeißel sauber geblieben. — Ein Schreiben der Firma Woc & Krumpholtz in Altenburg (Sachsen-Altenburg) lautet: „Wenn Sie glauben auf Gas- und Wasserrechnungen tüchtig zu sein, und nicht über 30 Jahre alt sind, können Sie bei uns in Arbeit treten. Wir haben schon genug ältere Arbeiter und möchten nun jüngere, welche auch bei uns dauernd Stellung haben.“ Diese Firma empfindet es offenbar als eine Last, ältere Arbeiter zu beschäftigen, daher sucht sie junges Menschenfleisch. Wir leben ja wirklich in einem humanen Zeitalter! — Selbstgießmeister Richard Uhlig in Marienberg schrieb: „Ich erhielt Ihre Karte und möchte Sie bitten mir Ihre Lohnverhältnisse mitzuteilen und ob Sie erit kündigen müssen oder gleich kommen könnten. Ich habe immer meine Gehilfen gleich mit in Kost und Logis, der Lohn richtet sich ganz darnach, wie Sie sich einrichten. Möchte gern erst Nachricht haben.“ Nachdem Herr Uhlig „das Lohnverhältnis“ mitgeteilt worden war, erfolgte die prompte Antwort: „Ich erhielt Ihre Karte und teile Ihnen mit, daß ich einen solchen hohen Lohn nicht zahlen kann, ich habe stets meine Gehilfen in Kost und Logis, und wenn es ein guter Arbeiter, 8 bis 10 Mark Lohn pro Woche, und so will ich abgeben, denn einen höheren Lohn kann ich bei unsern Arbeitern nicht zahlen, sonst hätte ich gern einen jungen Mann eingestellt.“ Drei Unzulänglichkeiten wurden also von dem Kollegen verlangt: Er sollte Streikbrecher spielen, jung sein und um billigen Lohn in ein „patriarchalisches“ Arbeitsverhältnis treten. Wirklich: Herrlich ist des Proletariats Los!

Hannover. Der Streik der Elektromonteur ist am Sonnabend den 15. Oktober nach vierwöchentlich Dauer beendet worden, da die Streikenden größtenteils Hannover verlassen oder am Orte anderweitig bei Firmen, die bewilligten, Beschäftigung gefunden haben. Die Zahl der Streikenden betrug am Sonnabend nur noch 13, es war nicht mehr möglich, die Posten zu besetzen, an eine regelrechte Durchführung des Streiks also nicht mehr zu denken. Deshalb beschloßen die Kollegen, den Kampf abzubrechen, um ihn zu gelegener Zeit mit neuen Kräften wieder aufzunehmen. Denn daß die Elektromonteur sich mit dem errungenen, nur teilweise Erfolg nicht zufrieden geben, sollte auch den Firmeninhabern einleuchten, die sich jetzt noch ablehnend verhalten. Sieben Firmen, die 45 Monteur beschäftigten, haben den Tarif durch Unterschrift anerkannt, acht Firmen haben sich ablehnend verhalten. Unter den ablehnenden befinden sich die drei großen Gesellschaften: Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens & Schuckert und Helios. Auf verschiedene Einzelheiten bei diesem Kampfe wollen wir hier eingehen, besonders deshalb, weil von vielen auswärtigen Kollegen dieser Bewegung ein besonderes Interesse entgegengebracht wurde, was die vielen während des Streiks uns zugegangenen Anfragen beweisen. Zunächst dürfte es wohl allgemein bekannt sein, daß die Agitation bei den Monteuren wegen der fortwährenden Beschäftigung auf auswärtigen Montagen recht schwierig ist. Diese Schwierigkeiten treffen besonders bei den älteren Monteuren zu, die längere Zeit bei einer Firma beschäftigt und gegebenenfalls durch ihre Beteiligung an einem Kampfe einen besondern Druck auf die Firmen auszuüben umstände wären. Aber gerade diese Kollegen sind es, die insolge ihrer wochen- und monatelangen Abwesenheit vom Wohnort selten einmal zu fassen und deshalb schwer für die Organisation zu haben sind. Vielfach glauben diese Leute auch, ihre wirtschaftliche Lage durch Überstunden und Sonntagsarbeit zu verbessern. Man braucht nur einmal die Wochenzeitung gewisser Monteur anzusehen, dann wird man sehen, daß Woche für Woche 80, 90, 100 und oft mehr Stunden pro Woche vergemeldet sind. Gestaltet sich der Verkehr mit diesen Kollegen sonst schon schwierig, so trifft dies besonders bei einer Lohnbewegung zu. Was bei sonstigen Bewegungen in Versammlungen geregelt werden kann, die ganzen Vorarbeiten, Tarifverhandlung und dergleichen, es muß in diesen Fälle größtenteils schriftlich erledigt werden. Dements erhalt man überhaupt keine Antwort und weiß deshalb nicht, wie die betreffenden Kollegen sich zu einzelnen Fragen stellen. Über die Forderungen der Monteur und den Gang der Verhandlungen bis zum Ausbruch des Streiks ist ja bereits in Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung genügend berichtet worden. Gleich der erste Tag des Ausbruchs brachte uns eine Übersetzung. Während in den übrigen Betrieben am ersten Tage die Arbeitsniederlegung allgemein durchgeführt wurde, ließ uns eine Wade im Stich. Es waren dies hauptsächlich Mitglieder des Gewerkevereins, denen das Herz in die Hose gefallen war. Bei der Firma Siemens-Schuckert, um die es sich handelt, waren von 28 Beschäftigten 14 Mitglieder des Gewerkevereins, acht waren Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes. Fünf unserer Mitglieder legten die Arbeit nieder, die Mitglieder des Gewerkevereins kümmerten sich nicht um den am Tage zuvor gefassten gemeinschaftlichen Beschluß, trotzdem vorher in einer Versammlung vom Generalsekretär Partmann aus Berlin die bestimmte Erklärung abgegeben worden war: die Mitglieder des Gewerkevereins hätten beschlossen, sich der Bewegung voll und ganz anzuschließen. Auch als am andern Tage das Generalsekretärsmitglied Trabert aus Berlin hier war und mit ihnen Rücksprache genommen hatte, blieben sie bei ihrer Weigerung und erklärten kategorisch: „Wir haben wohl dafür gestimmt, das der Tarif eingereicht würde, aber nicht freies, das gibt's bei uns nicht!“ O du heilige Einsamkeit! Erst reichten sie den Unternehmern den Tarif ein, wenn sie aber dann von diesen wie Schulkindern behandelt und nicht einmal einer Antwort gewürdigt werden, stellen sie sich an wie ein getretener Hund. Das sind langjährige Mitglieder des Gewerkevereins. Daß diese Verhältnisse auf die übrigen Arbeiter bei Siemens-Schuckert nachteilig einwirken, ist erklärlich, da es sich hier wieder um ältere, leidende Monteur handelt. Die auswärtig beschäftigten Monteur folgten größtenteils dem Rufe der Streikleitung sofort und schloßen sich den Streikenden an, nachdem sie über die Sachlage unterrichtet waren. Eine weitere Schwierigkeit stellt sich nun heraus: die Überwachung der auswärtig verlassenen Montagen. Soweit es sich um größere Montagen handelt, sind schon Leute vorhanden, denen die Überwachung der Montagen anvertraut werden kann. Wir hatten aber mit einer ganzen Reihe Montagen auf dem platten Lande, in Schlößern und auf großen Gütern, teilweise recht weit abgelegen, zu rechnen. Da hat die ständige Überwachung auch schwer. Und wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein Teil der Montagen fertig gestellt wurden durch Verschleiben der Leute von andern Stellen. Das wußten wir nicht und auch die betreffenden Monteur wußten nicht, daß sie die Klausurpflichten. Die Arbeiterpresse wird von dieser Monteur nur selten gelesen und die bürgerliche Presse schreibt derartige Bewegungen in der Regel tot. Aber auch am Orte selbst gestaltete sich die Kontrolle



schwierig. Ein Bauhandwerker, Klempner, Schlosser, ist wohl zu erkennen an der Kleidung, bei den Monteuren ist dieses bedeutend schwieriger. Sind doch in dieser Beziehung unseren Posten die besten Verwechslungen passiert. Alle diese Schwierigkeiten mögen bei späteren Lohnkämpfen von den Kollegen frühzeitig bedacht werden. Nun der Kampf ist abgebrochen, wir haben unsere Lehren aus ihm gezogen. Das den Herren Firmeninhabern der Streit recht unangenehm war und sie sich redlich bemüht haben, das Publikum über die wahren Ursachen des Streiks und über die wirtschaftliche Lage der Monteure zu täuschen, ist ja selbstverständlich. Und das Unternehmertum hat auch in diesem Kampfe wieder reichlich Unterstützung bei der bürgerlichen Presse gefunden. Man lese nur die Notiz aus Nr. 242 des Hannoverschen Anzeiger: „Über die wirtschaftliche Lage der Elektromonteure schreibt man uns: In einer Versammlung der streikenden Elektromonteure ist kürzlich Stellungsnachrichten zufolge die angeblich traurige Lage der Elektromonteure zur Sprache gelangt. Einseiner hatte Gelegenheit, in die Lohnliste einer bedeutenden Elektrizitätsgesellschaft zu schauen, und zwar handelt es sich um eine Firma, deren Angestellte während des Ausstandes einen ganz bedeutenden Prozentsatz der Streikenden bildeten. Der Einseiner hatte Interesse daran, zu erfahren, wie wohl die Lohnliste dieser Firma in der Woche vor dem Ausstand ausgefallen habe, um sich ein Urteil zu bilden, ob die Klagen über die jämmerliche Lage der Elektromonteure berechtigt seien oder nicht. Die Einkünfte in die Lohnliste wurde ihm bereitwillig gestattet. Man hat bei Beurteilung der Lohnverhältnisse zu unterscheiden zwischen fertigen Monteuren, Hilfsmonteuren und Arbeitern. Die Beschäftigung der letzteren geht im allgemeinen über die Aufwertung gewöhnlicher Schlosserarbeiten hinaus. Die fertigen Elektromonteure erhalten im allgemeinen einen Stundenlohn von 55 bis 45 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Dazu kommt bei sehr häufiger auswärtiger Beschäftigung der Elektromonteure ein Zuschlag von 2,50 Mt. pro Tag, auch sind Überstunden keineswegs selten. Besonders bemerkenswert ist, daß die Firma bei ihrem gelegentlichen Versuch, die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden täglich herabzusetzen, auf entschiedenen Widerstand stieß und davon Abstand nahm. Die Lohnliste für die letzte Woche vor dem Ausstand sah nun folgendermaßen aus: Es haben erhalten 3 Elektromonteure je 55 Mt., 2 je 50 Mt., einer 47 Mt., 6 je 45 Mt., einer 42,50 Mt. und 10 je 40 Mt. Die Hilfsmonteure erhielten folgenden Lohn: einer 42,50 Mt., 2 je 37,50 Mt., 5 je 35 Mt. und 3 je 30 Mt. Die Lohnliste der Arbeiter war folgende: Einer erhielt 30 Mt., 2 je 27,50 Mt., 2 andere je 27 Mt., einer 25 Mt., 2 jugendliche 20 Mt. und einer 16 Mt. Das Urteil über diese Lohnverhältnisse möge dem urteilsfähigen Leser überlassen bleiben.“ Soweit der Anzeiger. Zunächst sei bemerkt, daß es sich bei diesen Angaben um die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft handelt. Um dem urteilsfähigen Leser, wie es oben heißt, die Möglichkeit zu geben, sich ein unparteiisches Urteil zu bilden, erlauben wir uns nochmals, gerade auf die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb zurückzukommen. Es erhielten in der Woche vor dem Streit 45 fertige Monteure 2 Monteur 55 Pf., 2 50 Pf., einer 47 1/2 Pf., 7 45 Pf., 16 40 Pf., 2 37 1/2 Pf., 5 35 Pf., einer 32 1/2 Pf., 3 30 Pf., 2 27 1/2 Pf., einer 26 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Das die genannten Summen von der Firma an die Monteure ausbezahlt sind, wird nicht bestritten, aber in diesen Summen befinden sich die Auslagen für auswärtige Arbeiten, welche für Monteur 2,50 Mt. pro Tag betragen; für Hilfsmonteure wurden bezahlt bis zu einem Stundenlohn von 30 Pf. pro Tag 1,50 Mt., bis zu 35 Pf. Stundenlohn pro Tag 2 Mt. Die Auslösung reicht in vielen Fällen gar nicht aus, um die Fahrungsstellen außerhalb zu decken, kann also gar nicht als Lohn in Anrechnung kommen. Außerdem sind die Fahrgehalte, die erst am Wochenlohn mit ausbezahlt werden, darin auch enthalten. Weiter kommen hinzu die Auslagen für kleines Material, das sich die Monteure außerhalb oft selbst besorgen müssen. Als Beweis diene eine der verschiedenen Lohnlisten, in die wir Einsicht genommen haben. Es handelt sich um die Summe von 47 Mt., also eine der höchsten Summen, die angegeben sind. Die Aufzählung ist folgende: 64 Tagesstunden à 40 Pf. 25,60 Mt., eine Überstunde à 60 Pf. —,50 Mt., Landzulage, 5 Tage, 12,50 Mt., Auslagen 8,80 Mt., zusammen 47,05 Mt. Davon ab für Kranken- und Invalidengeld —,74 Mt. bleibt Summa 46,31 Mt. Ähnlich liegt es in den anderen Fällen und genügt das eine Beispiel wohl, die falsche Veranschlagung hoher Wochenlöhne festzustellen. Wie sieht es nun mit den übrigen Behauptungen aus? Was versteht die Firma unter Arbeitern, deren Beschäftigung über die Ausführung gewöhnlicher Schlosserarbeiten nicht hinausgeht? Mit Schlosserarbeiten kann unserer Ansicht nach nur ein gelernter Schlosser beschäftigt werden und es handelt sich in diesem Falle auch um gelernte Schlosser und Mechaniker, welche als Hilfsmonteure teilweise mit auf Montage geschickt werden. Diesen zahlte man dann Löhne von 30 Pf. bis herab zu 25 Pf. Das Überstunden nicht selten sind, gibt die Firma ja zu, aber für die Überstunden zahlt sie erst nach 8 Uhr abends einen Zuschlag. Die Behauptung, daß die Firma bei ihrem gelegentlichen Versuch, die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabzusetzen, auf Widerstand gestoßen sei, ist nicht ernt zu nehmen. Die Monteure verlangen doch nur, daß die neunzehnhundertjährige Arbeitszeit vorläufig eingeführt wird. Möge deshalb doch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft den Tarif anerkennen, von einem Widerstand der Arbeiter wird sie dabei nichts merken. Aber da kommt der Herrenstandpunkt zum Vorschein, der Arbeiter soll nichts dreingeredet haben in das Arbeitsverhältnis; was von oben befohlen wird, hat der Arbeiter ohne Zutun auszuführen. Der Herr Direktor hat es ja seinen Monteuren deutlich genug gesagt, als sie persönlich mit ihm über die kritischen Punkte des Tarifs verhandelten wollten; „Frangen Sie erst alle wieder an zu arbeiten, dann können Sie mir Ihre Wünsche in einer Schriftverkehrsammlung vortragen. Aber den Tarif unterschreiben wir nicht.“ Und der Herr Direktor dieser Gesellschaft hat es bei einer andern Unterredung noch deutlicher gesagt: „Sagen Sie doch nur, ob es eine Rechtsprobe mit dem Metallarbeiter-Verein sein soll? Wir halten es länger aus wie der Verband. Was glauben Sie denn? Wir haben in den letzten Jahren 10 Millionen über bezahlt, glauben Sie, daß es das mal auf 100.000 Mark ankommt, am Jahresforderungen entgegenzutreten?“ Das ist mehr als Hohn! Der Herr scheint sich also nicht, ganz talbühnen die Arbeiter zu sagen, wir haben 10 Millionen aus euch herausgezogen, nun, da ihr es wollt, auch einmal eine Kleinigkeit davon zurückfordern, nehmen wir von dem Gelde, das ihr was immer erarbeitet habt, den trabersten Teil, um euch ganz an die Hand zu drücken. Und diese hunderttausend Mark hätten gereicht, auf Jahre hinaus die paar Pfennige Lohnzuschlag, die verlangt werden, zu bezahlen. Nun, den Elektromonteuren, die sich vor dem teilweise erhöhen über die übrigen Arbeiter denken, ist bei diesem Kampfe gründlich der Einar gesprochen worden. Sie haben nun auch einzeln wissen, daß es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht gibt. Mögen sie auch in Zukunft wieder wie vor dem Kampfe werden mit Herr Direktor so und so, sie sind wohl so freundlich und machen dies und jenes, die Monteure werden in Zukunft wissen, was sie von diesen direktorialen Redden zu halten haben. Die hunderttausend Mark von den zehn Millionen, sie werden ihnen unverzüglich bleiben und fortwährend in die Ohren gellen. Dieser Auspruch hat den Monteuren den Weg gezeigt zu ihren Arbeitsträden. Er hat ihnen gezeigt, weshalb sie einer Organisation angehören müssen, und die Monteure, sie haben ihre Lehren aus diesem Kampfe gezogen. Sie haben die wirtschaftliche Lage der Monteure und schmerzliche Handlungsweise der herrschenden Geldmacht kennen gelernt und haben dementsprechend gehandelt. Der hannoversche Anzeiger, das frühere Leitblatt der Monteure, ist jetzt zum größten Teile aus deren Händen verloren und dafür die Arbeiterpresse eingezogen. Die Firmeninhaber werden es zu ihrem Schanden ansehen, daß mit dem Abbruch des Streiks das letzte Wort nicht gesprochen ist. Der Kampf ist nicht zu Ende, ein Zwischenstadium ist eingetreten und die Organisation der Arbeiter wird diesen Zwischenstand auszunutzen wissen. Der hannoversche Anzeiger aber sollte dieser Streit eine Lehre sein: „Man ist ja so sehr darauf bedacht, den noch vorhandenen Streitigkeiten entgegenzutreten. Sie müssen sich als Arbeiter zählen und als solche die Kollegen in der Metallindustrie solidarisch handhaben.“ Das wird auch für die Elektromonteure in

absehbarer Zeit die Möglichkeit gegeben sein, ernstlich an die Verbesserung ihrer Lage denken zu können.

**Karlsruhe.** Am Sonntag den 16. Oktober tagte im Röhrleinschen Saale eine öffentliche Schleiferversammlung durch den Tagesordnung: „Die endgültige Beschlußfassung über unsere Forderungen.“ Die gut besuchte Versammlung zeigte, daß es den Schleifern mit ihren Forderungen auf bessere Arbeitsbedingungen ernst ist. Kollege Sauer begründete die Abänderungen des Tarifs, die von der Bezirksleitung vorgenommen wurden. Die Diskussion war sehr lebhaft. Der Tarif wurde dann einstimmig angenommen. Die Forderungen, die noch am Sonntag den 16. Oktober an die einzelnen Firmen eingereicht wurden, enthalten neunzehnhundertjährige Arbeitszeit, Vergütung der Überstunden mit 25 Prozent und der Nachtarbeit mit 50 Prozent Lohnzuschlag. Ferner Mindestlohn für Schleifer bis 18 Jahre 85 Pf., von 18 bis 21 Jahren 42 Pf. und für Schleifer über 21 Jahre 50 Pf. pro Stunde. Bei Akkordarbeit muß der Lohn garantiert werden. Die Akkordreise sind von dem Meister und einer Kommission der Arbeiter festzusetzen, auch sind Akkordverzeichnisse auszuhängen. Arbeiterentlassungen sind bei Mangel an Arbeit zu vermeiden; bevor Arbeiter entlassen werden, ist Arbeitszeiterleichterung bis zu sechs Stunden täglich vorzunehmen. Die Arbeiterräume sollen den hygienischen Anforderungen entsprechen, besonders gute maschinell betriebene Ventilation, große Arbeitsräumlichkeit und genügend Wascheinrichtungen. Der Tarif soll Gültigkeit bis 1. Oktober 1906 haben. Es wurde beschlossen, bis 20. Oktober von den Firmen Antwort zu verlangen. Wenn bis zum 20. keine Antwort einläuft, so soll sofort die Kündigung eingereicht werden. Der Organisation steht nur noch ein kleiner Teil der Kollegen fern. Circa 90 Prozent gehören ihr an. Dem Gange der Sache sehen wir mit Ruhe entgegen. Wir erfordern die Kollegen, die Schleifer in Karlsruhe, Durlach und Ettlingen zu meiden.

**Karlsruhe.** Für die Herren Aktionäre der Nähmaschinenfabrik vormals Haib & Neu sind im vorletzten Geschäftsjahre durch den Fleiß der Arbeiter 16 Prozent Dividende herausgewirtschaftet worden. Obwohl man nun annehmen sollte, daß die Firma mit diesem gewiß sehr günstigen Resultat zufrieden sein könnte, mußten die Arbeiter die unangenehme Erfahrung machen, daß die Direktion auf Kosten der Arbeiter im kommenden Geschäftsjahre noch einen größeren Profit herauszuschlagen will. Kurz vor dem 1. Oktober wurde den Monteuren für Singer Unterbau mitgeteilt, daß sie in Zukunft 3 Pf. pro Stück abgezogen bekommen sollten. Bisher bekamen sie 48 Pf. für den einzelnen Unterbau, jetzt sollen sie nur noch 45 Pf. erhalten. Dieser Abzug wurde mit einer technischen Verbesserung an einer Maschine begründet, die jedoch nach Angabe der Arbeiter für dieselben keine Erleichterung bedeutet. Als die Arbeiter teils selbst, teils durch den Arbeiterausschuß gegen den Abzug protestierten, wurden sie damit getrübt, daß auch die anderen Abteilungen mit Abzügen bedacht würden. In einer gut besuchten Versammlung, welche am Montag den 10. Oktober im Burghof stattfand, nahmen die Arbeiter gegen die geplanten Abzüge Stellung. Nach einem Referat des Bezirksleiters des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollegen Vorhöfner, dessen Ausführungen darin gipfelten, daß sich die Arbeiter unter gar keinen Umständen die Abzüge gefallen lassen sollten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute den 10. Oktober 1904 tagende Versammlung der Arbeiter der Firma Haib & Neu protestiert auf das entschiedenste gegen die von der Firma vorgenommenen und für die Zukunft in verschiedenen Abteilungen geplanten Abzüge. Die Versammelten beauftragen den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und den Arbeiterausschuß, mit der Firma wegen der Abzüge Rücksprache zu nehmen und vorzuschlagen, unter keinen Umständen in die Abzüge zu willigen, sondern alle Mittel anzuwenden, welche geeignet sind, die geplanten Abzüge zu verhindern.“ — Am Dienstag mittag wollte der Bezirksleiter zum Zweck der Information bei der Direktion vorstellig werden. Er wurde rundweg abgewiesen. Darauf wurden Vertreter des Arbeiterausschusses vorstellig. Auf die Frage, ob die Direktion wirklich die Abzüge habe, sämtliche Arbeiter mit Abzügen zu beglücken, wurde ihnen die Antwort: „Wenn die Direktion Abzüge vornehmen will, werde dies den Arbeitern so zeitig mitgeteilt, daß sie vorher in einer Versammlung dazu Stellung nehmen könnten.“ Da diese Antwort durchaus nicht geeignet war, die Arbeiter zu beruhigen, so hielten sie am Mittwoch Abend wiederum eine Versammlung im Burghof ab und war der Zudrang zu dieser Versammlung so stark, daß nicht alle Teilnehmer im Saale Platz finden konnten. In der Versammlung wurde das Versteckspiel der Direktion gehörig gebrandmarkt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute den 12. Oktober tagende Versammlung der Arbeiter von Haib & Neu erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten überlassen es der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die geeigneten Schritte zu unternehmen, die sie für angebracht hält, um die Absichten der Firma zu verhindern. Insbesondere verpflichten sich die Anwesenden, im Falle es bei der einen oder anderen Abteilung zur Arbeitsunterbrechung kommt, unter keinen Umständen Streikarbeit zu verrichten.“ Da die Arbeiter bei Haib & Neu verhältnismäßig gut organisiert sind, so wird für den Fall, daß die Direktion die geplanten Abzüge ausführen will, dafür gesorgt werden, daß die Versammlung dieser beiden Versammlungen zur Ausführung gelangen.

**Krefeld.** Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung wurde am 9. Oktober hier abgehalten, in welcher Kollege Marx aus Mülheim a. Rh. über die Lage der Krefelder Metallarbeiter und die Missstände in der Maschinenfabrik von Kleinewefers Söhne referierte. Redner wies nach, daß die hiesigen Metallarbeiter wegen ihrer Arbeit noch eine lange Arbeitszeit und kleinen Lohn hätten. Er forderte alle Kollegen auf, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, um diese Zustände aus der Welt schaffen zu können. Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, seien hier die Missstände bei Kleinewefers kurz angegeben. Die Löhne sind niedrig, es wird meistens in Akkord gearbeitet, aber nicht nach festen Sätzen. Das Überstundenwesen steht in höchster Blüte, es wird täglich 13 bis 15 Stunden, auch ganze Nächte durchgearbeitet. Auch Schichten von 36 Stunden sind keine Seltenheit. Beim Auslösen müssen die Arbeiter eine bis anderthalb Stunden im Freien auf ihre sauer verdienten Grotschen warten. Die Behandlung ist diesen Umständen angemessen. Ein wahres Gemis der Zeit dem 1. August d. J. bei der Firma tätige Obermeister Otto Link aus Ghemnis, genannt der „zuckende Otto“, ein früherer Sattlergehilfe. Um die Löhne drücken zu können, sollte er unter glanzreichen Verprechungen Hobler und Dreher aus Ghemnis herbei, vorzüglich Stundenerdiener von 30 Pf. und mehr, in Akkord sogar bis 50 Pf. Aber wie wurden die guten Leute enttäuscht? Er verdiente je einer in 46 Stunden 10,30 Mt., in 65 Stunden 13 Mt., in 70 Stunden 23 Mt., in 88 Stunden 20,80 Mt. Ein Verheirateter wollte die Umzugskosten vergütet haben. Dafür verlangte man von ihm, daß er der Firma seine Möbel verpfände. Der „zuckende Otto“ redagierte sofort die Zahl der Hilfsarbeiter um die Hälfte, die Lehrlinge mußten jetzt deren Arbeit verrichten. Ventilation fehlt gänzlich. Daß es in einem solchen Arbeiterbetrieb auch „Wohlfahrtsvereinigungen“ gibt, versteht sich am Hande. Es gibt Sommerferien, Weihnachtsgeld, Pensionen und dergleichen, aber nur für die „braven“ Arbeiter. Wer nicht „brav“ ist, fliegt hinaus. — Wir wollen hoffen, daß es nicht bei dem Beifall, der dem Referenten gezollt wurde, bleibt, sondern, daß durch rege Agitation unsere Organisation eine solche Ausbreitung erlangt, daß solche Zustände beseitigt werden können.

**München.** Die Elektromonteure und Helfer der Siemens-Schuckert-Werke nahmen am Samstag den 15. Oktober in einer Versammlung im Refektorium Feindt das Resultat der vor dem Einigungsamt gepflogenen dreitägigen Verhandlungen durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollegen Schöninger, entgegen. Redner erstichte um Zustimmung des Vertrags, um dadurch eine feste Grundlage zu schaffen, auf der weiter gebaut werden könne. Der Vertrag, den die Versammlung mit allen gegen drei Stimmen genehmigte, hat folgenden Wortlaut: 1. Die tägliche Arbeitszeit bleibt wie bisher 9 1/2 Stunden. Die Entlohnung derselben bleibt eine Abkürzung der beschäftigten Arbeiter vorbehalten. 2. Der Lohn wird bei Arbeitern, die sich längere Zeit bewährt haben,

entsprechend erhöht. Für alle Arbeiter, die mindestens dreiviertel Jahre in der Branche beschäftigt waren, wird ein Mindestlohn von 92 Pf. pro Stunde der effektiv gearbeiteten Zeit festgesetzt. 3. Für alle Arbeiten außerhalb des Geschäftshauses werden a) bis zu einem Umkreis von 3 Kilometer gerechnet von dem Mittelpunkt der Stadt — Frauenkirche — 20 Pf., b) von über 3 Kilometer bis zur Grenze des Burgfriedens 50 Pf. Zulage pro Tag gewährt. Für alle Arbeiten außerhalb des Burgfriedens wird stets das Fahrgehalt vergütet, außerdem an Zulagen gewährt: a) für Arbeiter im Vorortverkehr ohne Übernachten: den Hilfsmonteuren 70 Pf., den Monteuren 1 Mt., b) für Arbeiter auswärts mit Übernachten: den Hilfsmonteuren 1,20 Mt., den Monteuren 2 Mt. In Orten mit gesteigerten Lebensverhältnissen bleibt eine Erhöhung der Zulage der Vereinbarung überlassen. 4. Vorliegende Vereinbarung tritt mit Ausnahme der Zulagen über 20 Pf., am 1. November d. J., bezüglich der Zulagen über 20 Pf., am 1. Januar 1905 in Kraft. Der Vertrag läuft bis 1. Dezember 1905 und von da ab jeweils auf ein Jahr weiter, wenn er nicht jeweils ein Monat vorher gekündigt wird.

**Neutrieb a. Rh.** Wir können den Kollegen mitteilen, daß jetzt hier wieder eine Verwaltungsstelle gegründet worden ist. Die Auszahlung des Heftgeldes erfolgt in der Wirtschaft von Chiappini, Schloßstraße 72.

**Nürnberg.** Aus einem Nürnberger Eldorado. Nachdem es im Laufe des Sommers hier und in einer Reihe anderer Industrieregionen den organisierten Kollegen teils durch Kampf, teils durch Unterhandlungen gelang, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen, glaubten auch die Arbeiter der Nürnberger Werke der vereinigten Maschinenfabriken Nürnberg-Regensburg eine solche Forderung erheben zu sollen. In einer höflich gehaltenen Eingabe erliefen sie die Firma um eine Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 57 Stunden vom 1. Oktober an. Begründet wurde dieses Verlangen mit dem Hinweis, daß die in letzter Zeit vorgenommenen technischen Verbesserungen eine intensivere Ausnützung der Arbeitskraft zur Folge haben. Da ferner wegen der äußerst kurzen Fristen zur Lieferung der Arbeiten die Arbeitskraft auch auf das äußerste angekrenzt werde, so sei schon aus hygienischen Gründen eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Fabrik sehr weit von den Wohnungen der Arbeiter entfernt sei und deshalb die Arbeiter sehr viel Zeit auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle opfern müßten. Zum Schluß wurden in der Eingabe noch die günstigen Erfolge erwähnt, die man überall mit der Einführung verkürzter Arbeit erzielt hat. Niemand, der die Nürnberger Verhältnisse kennt, wird die Stichhaltigkeit der vorgebrachten Gründe bezweifeln. Eine große Zahl Arbeiter dieser Fabrik befindet sich immer in Enggental in der Lungenheilstätte. Diese Zahl würde sogar noch größer sein, wenn in Enggental mehr Kranke aufgenommen würden und wenn namentlich alle Lungenkranke dort aufgenommen würden ohne Rücksicht darauf, ob das Stadium der Krankheit weit vorgeschritten ist oder nicht. Ebenso wenig ist es unbekannt, daß diese hohe Steigerung der Krankheitsziffer ihren Anfang nahm mit der Einführung des Polbistahles. Sehr zutreffend ist ferner der Hinweis auf die weite Entfernung der Wohnorte der Arbeiter von der Arbeitsstelle. Wohl erfolgen jetzt einige Neubauten in der Nähe der Fabrik, aber diese würden kaum genügen und vor allem sind diese Wohnungen für die Arbeiter der Maschinenfabrik viel zu teuer. Nach dieser Sachlage hätte man erwarten sollen, daß die Firma einiges Entgegenkommen gezeigt hätte, aber nichts von alledem. Herr Direktor Kieppel gebrauchte die alle Ausrede wie vor 10 Jahren schon: Die ungünstige Lage von Nürnberg beim Bezug von Rohmaterial und für den Absatz der fertigen Produkte u. s. w. Diese „ungünstige Lage“ hat aber doch dazu beigetragen, daß 8 1/2 Prozent Dividende an die Aktionäre verteilt werden konnten. Auch sonst zeigte die Firma wenig Entgegenkommen. Bei der Berichterstattung kam es dann auch zum Ausdruck, daß die Arbeiter die Antwort des Herrn Kieppel nur als leere Ausrede betrachteten. Sie sprachen offen aus, daß nicht Gründe wirtschaftlicher Natur, sondern die Boreingenommenheit Kieppels gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der maßgebende Grund bei der Ablehnung des Besuchs der Arbeiter war. Der Herr Kieppel soll zwar nicht recht erbaudt gewesen sein, als man ihm so offen die Wahrheit sagte. Verschiedene aus seinem Stabe sprachen denn auch davon, daß es Gemeinheit und Unverschämtheit sei, an den angelegenen wirtschaftlichen Gründen des Herrn Kieppel zu zweifeln. Ein zum Zwecke der Agitation verbreitetes Flugblatt hatte auch sehr guten Erfolg. Die Arbeiter haben eben erkannt, daß wenn die Firma sich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit herbeiläßt, sie erst durch die Organisation dazu gezwungen werden muß. Bemerkenswert ist das Verhalten der Meister während dieser Bewegung. Wir werden darüber später noch ausführlicher berichten. Erst konnten sich einige dieser Herren nicht genug tun in der Aufforderung, die Arbeiter möchten die Verkürzung fordern, namentlich die Herren Flür und Großberger. Als dann aber die ablehnende Antwort der Direktion eintraf, drohten sie den Arbeitern mit Entlassung, wenn sie keine Überstunden machen würden. Großberger, bis vor kurzem noch Verbandsmitglied, hat aus diesem Grunde sogar einen Kollegen entlassen. Aber er, der früher immer theoretisch so schön den Nutzen der Zusammengehörigkeit auseinandersetzen konnte, ersparte nun praktisch die Solidarität der Arbeiter. Die Kollegen des Entlassenen erklärten sich mit ihm solidarisch, so daß der Entlassene wieder zu seiner Arbeit kam.

**Zinnigieser.**

**Würzburg.** Was die Herren Arbeitgeber unseres Gewerbes sich gegen die Arbeiter alles herausnehmen zu dürfen glauben, beweist folgendes: Der Inhaber der Firma Franz Rudert in Würzburg, Herr Ludwig Rudert, stellte dem Einsender dieses Briefes folgende Anfrage hin ein, nachdem er an meinen Bruder unter anderem mündlich schrieb: „... Ich benötige zwei Gehilfen und will sehen, ob Ihr Herr Bruder auf einen von den beiden Posten paßt. Die Hauptaufgabe ist mir, einen Arbeiter zu erhalten, der zuverlässig ist und längere Jahre auf dem Posten bleibt. Hochachtung Fr. Rudert.“ Auf diesen Brief bin ich sofort nach Würzburg gefahren und wurde auch bei Rudert eingestellt, wobei Herr Rudert noch des öfteren betonte: er hoffe, daß ich jahrelang bei ihm bleiben werde; er liebe es nicht, fortwährend neue Gesichter zu sehen. Nachdem ich nun 14 Tage zu seiner Zufriedenheit und ohne mir das geringste zu schaden kommen zu lassen, gearbeitet hatte, wurde mir und noch zwei Kollegen gekündigt, mit der Motivierung, daß ein früher bei Rudert beschäftigter Gehilfe wieder anfangen. Der wahre Grund der Kündigung ist aber der, daß wir auf Stück arbeiteten und bei neunzehnhundertjähriger Arbeitszeit einen ziemlich anständigen Lohn erzielten, was Herrn Rudert wahrscheinlich arg im Magen lag, da er schon bei meinem Eintritt den Versuch machte, die zehnhundertjährige Arbeitszeit bei 21 Mt. Wochenlohn wieder einzuführen. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß Herr Rudert bereits voriges Jahr (1903) zu Weihnachten vier Zinnigieser auf Pfalter feste, bloß um „neue Gesichter zu sehen“, wie er sich ausdrückte. Wie reizt sich nun das zusammen mit der Überlegung: nur Leute einstellen zu wollen, die „längere Jahre“ bei ihm bleiben? Oder hat bei Herrn Rudert das Jahr bloß sieben Tage? Das sich die Gehilfen das Feuer selbst anzufachen, Ton machen und Gläser auspacken müssen, sei nur nebenbei bemerkt. Das aber die hygienischen Zustände der Werkstätte miserabel sind, verdient noch ganz besonders angezählt zu werden. In einem Raum von ganzen 9 1/2 Quadratmetern arbeiten zurzeit drei Gehilfen, es brennen darin zwei Öfen, und nach Verhinderung eines Kollegen, der schon früher dort beschäftigt war, waren schon sieben Gehilfen aufeinander gepreßt, so daß sie sich einander bei der Arbeit mit dem Ellbogen in die Rippen stecken. Zugleich sei bemerkt, daß die Familie Rudert sehr christlich ist; bei jeder Gelegenheit wird in die Kirche gelaufen. Den Arbeitern gegenüber aber hört das Christentum auf. Ich glaube, daß die Schilderung dieser Zustände genügt, um den Kollegen die Augen zu öffnen, um sie von einem solchen Eldorado fernzuhalten und Herrn Rudert einmal beizubringen, daß er die Arbeiter anständig behandeln muß.







Bernhard Meier & Co. Harburg a. G.

1. Wilsdorferstraße 10 (alte Moorstraße) empfehlen zu billigen Preisen: Blaue Pilot-Hosen in reeller Ware zu 1.95, 2.50, 3.50 u. 4.50 M.

Hoher u. leistungsfähiger Nebenverdienst. Bei hoher Vergütung suche an jedem Ort Herren, welche den Vortritt der hochleg. Konkurrenz...

Meinert & Herold, Harmonikfabrik, Musikinstrumenten-Versand, Klingenthal (Sachl.) 488 C.

Gochfeine 6 Pfg.-Zigarre 100 Stück M. 3.50, bei 800 St. portofrei. Versand nur gegen Nachnahme.

Metallarbeiter! Berlin = Moabit

Bu Beginn der Winterkälte bringe ich mein Lager prallgefüllt und eleganter Herren- u. Knabenanzüge, Zoppen, Hosen

Edmund Paulus, Markneukirchen No. 367, Musikinstrumente jeder Art, Neuester Katalog umsonst.

Paletots

In empfehlende Erinnerung. Ich bin dafür bekannt, nur gute, haltbare Qualitäten zu liefern, habe streng feste Preise und bürge dafür:

Billigste Bezugsquelle aller Arten Musikinstrumente, LEADER & KREINBERG, Markneukirchen i.S.

Jedes von mir gekaufte Stück ist den dafür gezahlten Preis auch wert.

Nach jedem Bild fertige eine photograph. Vergrößerung in Brustbild

Lebens-Herrmann Schlessinger

große 45/55 cm für 3 M. Porto, Verpackung 50 Pf. Mithilfe, Haltbarkeit garantiert.

Der Metallarbeiter, Hilfs- u. Nachschlagebuch für Arbeiter u. Schlosser.

Utere vergrößert. 1000 Stück nur 18 M. frei ins Haus geg. Nachn. Bitte zu bestellen bei

Robert Husberg, Neuenrade 400, Westf., Garantirte Umtausch-Stahlstimmen

Für fünf Mark ein Fahrrad zu liefern, ist wohl aber Jedermann erhält fünf Mark zu einem Fahrrad, welches sich meine Versand-Praktik mit klarem billigen

Für nur 2 Mark, Permannenz-Fahrradwerke Ernst Domasch, Dresden-Löbtau

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Harkulas tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig.

Sie kaufen nirgends billiger und besser! 1/2 Jahr zur Probe!

Konzert-Zug-Harmonikas mit 10 Tasten, 4 Register, 2 Doppelbässen mit langen Bassklappen.

En gros. BERLIN. En detail. Chausseest. 21a/25. Bräudenstr. 11.

Die 24. Preisliste 1904 über gesamte Herren- und Knabenkleidung portofrei.

Metallarbeiter! Wir empfehlen auch von „Gemasregelten“ verfertigte Verlus- und Festabzeichen.

Poliertuch (Schleifertuch) hat gegen Kaffe billiger abgegeben

Emil Walkotte, Rezitator moderner Dichtungen, Berlin, Steglitz, Fichtestr. 10

Achtung, Kollegen! Unsere neuen Herbergs- sowie Verkehrsräume

Tüchtige Kernmächting finden dauernde Beschäftigung, Deutsch Niles-Werke

Zigarren, 100 Stück Vorzugsmarke, M. 8.20

Durch Verhältnisse gezwungen, habe Vertretungen über u. liefern ab Fabrik

Echt silberne Uhren, M. 9.50, Gebr. Loesch, Leipzig 88

Über 40 Millionen.

Stück m. beliebigen Fabrikate, wurden lt. Bücher schon verandt. Der beste Beweis m. Leistungsfähigkeit!

Formierwerkzeuge, Max Pflüger, Formierwerkzeugfabrik, Böhlex-Leipzig

Laubsägerel, Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei

Hygien. Bedarfsartikel, D. Franz Steiner & Co.

Magerkeit, Hygien. Institut, D. Franz Steiner & Co.

Hygienische, Bedarfsartikel, D. Franz Steiner & Co.

Küchenbrett, Komplette 4.50, Rehfeld & Backe, Solingen 70

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma Alexander Schlicke & Co.

Bitte lesen! Grobstämmige Baze kann ich für recht billigen Preis liefern

Robert Husberg, Neuenrade 400, Westf., Garantirte Umtausch-Stahlstimmen

Ein Hausschatz für jede Familie, Die Destillation im Haushalte

Ein Hausschatz für jede Familie, Max Noa, Hoflieferant, Berlin N. 25a

Ein Hausschatz für jede Familie, Max Noa, Hoflieferant, Berlin N. 25a

Metallarbeiter-Notiz-Kalender 1905, Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch

Gold- und Silberwaren, Wecker-Uhren mit Absteller, Nickel-Remont-Uhr

Julius Busse, Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 C., Reich illustrierter Katalog

Optische Artikel, Echt goldene Ringe, Kaffeeservice, vernickelt

Photograph. Apparate, Wirklich billige und anerkannt reelle Bezugsquelle